

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

150 (2.7.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Zustellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Ruisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonielzeile 1.— M. Die Restamegeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 1. Juli. 2. Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom Donnerstag, den 1. Juli, vormittags 11 Uhr. Präsident Eder von Braun eröffnet die Sitzung nach 11 1/2 Uhr. Der Saal ist voll besetzt. Auf der Tagesordnung steht der von allen Gruppen unterstützte Antrag Wiffel: Die anhaltende Schließung von Betrieben beim die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringende Wege zur Abwendung dieser Gefahr zu erforschen sind. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. Der wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hierin in Betracht kommenden Fragen zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Reichsminister a. D. Wiffel: Der Antrag ist von allen Gruppen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und von allen Einzelrichtungen unterstützt. Es genügt nicht, den Arbeitslosen nur eine Unterstützung zu geben. Es gilt, ihnen Freude an der Arbeit zu bereiten und eine produktive Erwerbslosenfürsorge zu schaffen. Ich schlage vor, meinen Antrag nicht nur dem wirtschaftspolitischen Ausschuss, sondern beiden Ausschüssen zur gemeinsamen Beratung zu überreichen, die sich in den Kommissionen mit den Vorarbeiten beschäftigen mögen. So können wir die Mittel erkennen, um aus der unheilbaren Lage herauszukommen. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen. (Leb. Weif.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Die Regierung wird im Ausschuss in der Lage sein, die bereits von ihr unternommen und beabsichtigten Schritte darzulegen. Dabei wird es von größtem Werte sein, von dem Sachverständigen im Ausschuss zu erfahren, ob sie mit untern Maßnahmen einverstanden sind, oder welche Vorschläge sie zu machen haben. Der Reichswirtschaftsrat soll ein Parlament der Tat sein.

Ges. Rat Weigert: Das Reichsarbeitsministerium hat sich mit der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereits beschäftigt und ist bemüht, durch den von ihm eingesetzten Ausschuss die Frage auf eine breitere Basis zu stellen.

Textilarbeiter Häsel: Unberechtigterweise ist bei der Zusammenstellung des wirtschaftspolitischen Ausschusses die Textilindustrie nicht berücksichtigt worden. Deutschlands Textilindustrie ist von Aufträgen völlig entblößt. In diesem Augenblick bezieht man zur Bekleidung von Sicherheitsmännern einen Auftrag von 700 000 Metern Militärstoff an englische Firmen. (Hört!) Die deutsche Textilindustrie hätte den Auftrag zu billigeren Preisen ausführen können. Weiter sind bei uns überaus wertvolle Aufträge ins Ausland gegangen, während bei uns Hunderttausende von Textilarbeitern arbeitslos geworden sind. Im Reichswirtschaftsrat ist festzustellen, nach welchen Grundsätzen die staatlichen Verwaltungen ihre Aufträge zu vergeben haben. Deutschland muß seine Aufgabe darin sehen, die einzelnen Firmen dem Marktgebiete des einzelnen Unternehmers zu entziehen und sie selbst zu verwalten.

Der Antrag wird an den wirtschaftspolitischen Ausschuss verwiesen. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung betr. den Ausschuss für den wirtschaftspolitischen Ausschuss zu beauftragen, eine Kommission dafür einzusetzen.

Reichspräsident und französischer Votschaffer.

Berlin, 1. Juli. (Wolff.) Der Reichspräsident hat heute den neu ernannten französischen Votschaffer, Laurent, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Ueberreichung hielt der Votschaffer eine Ansprache, in der er unter anderem sagte: „Verufen, die amtlichen Beziehungen unter beiden Ländern in ihrem früheren Umfang wieder herzustellen, werde ich bemüht sein, beizutragen zu einem fruchtbringenden, gemeinsamen Zusammenwirken, wobei die Lösung der Wunden des Krieges und schneller wirtschaftlicher Wiederaufbau von Europa in Ausführung des Friedensvertrags, der hierfür die gemeinsame Aufgabe aller ihn zeichnenden Mächte sein wird.“

Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten: „Mit Befriedigung entnehme ich Ihren Worten, daß es Ihr erster Wille ist, dabei mitzuarbeiten, um die Wunden des Krieges unsern beiden Ländern geschlossen hat, zu heilen und in Ausführung des Friedensvertrags durch eine gemeinsame fruchtbare Arbeit das wirtschaftliche Leben Europas wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Streben bin auch ich mit der deutschen Regierung erfüllt.“

Epa.

Berlin, 1. Juli. Die Deutsche Friedensgesellschaft in Paris hat heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften überreicht. Die erste behandelt die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung. Die zweite legt im Einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuerkraft anspannen hat. In einer Begleitnote wird darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung hat als vor dem Krieg. Die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll Gegenstand mündlicher Besprechungen in Epa sein. Gleichzeitig wurde ein von 22 hervorragenden, im wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterschriebenes Gutachten über die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und die Möglichkeit seiner Kräftigung übergeben.

Die deutsche Vertretung für Epa.

Berlin, 1. Juli. Zur Konferenz in Epa werden auch den vorläufigen Beisitzern sich begeben: Reichsminister Freiherr von Bredow, Reichsminister des Reichens Dr. Simons, der Reichsminister Dr. Wirth, Scholz und Diercks. Ingesamt werden 25 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Büropersonal nach Epa gehen.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Paris, 1. Juli. In der Kammer sprach der Abg. Paul über die den Alliierten abzutretenden deutschen Kolonien und behauptete, daß in dieser Frage noch keine endgültige Regelung erfolgt sei. Bezüglich der deutschen Kolonien Togo und Kamerun, die an Frankreich fielen, ist es notwendig, daß die Regierung, daß diese Bestimmungen durchgeführt werden. (Weifall.)

Er habe für den Frieden gestimmt und halte die Klauseln bezüglich der Kolonien für genügend, verlange aber von der Regierung, daß diese Bestimmungen durchgeführt werden. (Weifall.)

Weitere Feuerungskrawalle.

Worms, 1. Juli. Mittwoch nachmittags und am Abend fanden hier Demonstrationen gegen die Lebensmittelpreiserhöhung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten nach dem Gewerkschaftshaus, wo Versprechungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshaus aus begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftsvorstand ein befristetes Ultimatum überreichte wurde. In den Abendstunden strömte wieder eine Menge nach der mittleren Stadt. Halbwegsige Durchstreifer schlugen Schaufenster ein und plünderten die Auslagen. Es kam mehrfach zu Schlägereien und wüsten Szenen, so daß die Polizei öfters mit blanker Waffe eingreifen mußte. Der angerichtete Schaden dürfte 2 bis 3 Millionen betragen. Gegen Mitternacht griff eine französische Patrouille ein und blieb bis zum Morgen in Bereitschaft. Die Läden sind auch heute noch geschlossen.

Berlin, 1. Juli. Die Lebensmittelpreissteigerungen in den Markthallen führten zur Demolierung einiger Stände. Oß wurde auf der Straße getrieben. Die Sicherheitspolizei mußte die Ordnung wieder herstellen. — Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet wird, soll der Kölner Markt konfiskiert werden. Man fordert die Bauernschaft auf, ihre Waren nach anderen rheinischen Orten zu bringen, und sich gegen die öffentliche Gewalt aufzulehnen, falls die Staatsanwaltschaft auf den öffentlichen Märkten eingreifen sollte.

Hamburg, 1. Juli. Nach amtlichen Feststellungen sind bei den Lebensmittelkäufen am 28. Juni vier Personen getötet und 10 verwundet worden.

Braunschweig, 1. Juli. Am heftigsten Krawalle zu vermeiden, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss eingesetzt, der die Preise für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwaren prüft und auf ein erträgliches Maß setzen soll.

Über die Grundzüge der künftigen Ernährungspolitik.

äußerte sich der Reichsernährungsminister Diercks in einer Unterredung mit einem Vertreter der Presse dahin, daß sich unsere landwirtschaftliche Produktion bessere. Die inländische Erzeugung werde sich in sohnungsvoller Entwicklung. Durch die Förderung der Zwangswirtschaft konnten wir der Landwirtschaft einen starken Anreiz geben. Wir würden die Zwangswirtschaft nur da aufrecht erhalten, wo elementare Notwendigkeiten es forderten. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Getreide und Milch sei jeder Diskussion entzogen. Wir wollen die landwirtschaftliche Produktion durch eine gerechte Preispolitik fördern. An einen Abbau der Getreidepreise könne nicht gedacht werden, aber die Erhöhung des Brotpreises müsse vermieden werden. Die restlose Ablieferung von Getreide und Milch sei von der Landwirtschaft zu verlangen. Die Fleischwirtschaft müßten wir umbauen. Ueber die Reuegung der Fett- und Kartoffelwirtschaft haben wir in Unterabhandlung. Beim Abbau der Zwangswirtschaft werden wir auch den Zweck, so weit wie möglich das Preisniveau der Lebensmittel zu senken. Mit den Kriegsgesellschaften wird schnell und gründlich aufgeräumt werden.

Das neue schwedische Kabinett.

Stockholm, 1. Juli. (Göteborg.) Gelesen werden die Namen der Inhaber der verschiedenen Ministerportefeuilles bekannt, wie sie sich bei der Umbildung des Kabinetts ergeben. Die neuen Minister gehören sämtlich der Sozialdemokratischen Partei an. Herman wurde zum Justizminister ernannt, Hansson zum Minister der öffentlichen Verordnungen, Erikson übernimmt die Funktionen des Ministers für soziale Angelegenheiten und Pensionen wird Innenminister. Sandler übernimmt das Finanzministerium. Kriegsminister ist Persson.

Das Ende des Boykotts gegen Ungarn.

Wien, 1. Juli. Von politischer Seite verlautet, daß die Verhandlungen zwischen dem internationalen Gewerkschaftskomitee und den Vertretern der ungarischen Regierung, die am Mittwoch zum Abschluß gelangt sind, eine bald erfolgende Einigung herbeiführen dürften. Der Boykott wird jedenfalls offiziell bereits in den nächsten Tagen langsam abgebaut werden, worauf von beiden Seiten der Verkehr wieder aufgenommen werden kann.

Abbruch des Generalstreiks in Italien.

Rom, 2. Juli. Agenzia Stefani. Die Streikleitung hat in der vergangenen Nacht den Abbruch des Streiks beschlossen. Die Lage ist ruhig, das gleiche wird von den übrigen Stellen gemeldet. — Wie die Blätter berichten, betragen die Opfer der Vorkänge in Ancona nach amtlichen Feststellungen 2 Tote, darunter 9 Polizeileute und 71 Verwundete. Der ehemalige Kriegsminister Albicini trat gestern in Ancona ein, um eine militärische Untersuchung einzuleiten.

Die Autonomie für Ägypten.

London, 1. Juli. Die Verhandlungen über die Autonomie Ägyptens werden in London fortgeführt und nehmen einen günstigen Verlauf. Ägypten soll ein Zweikammer-Parlament erhalten, das vom Volk gewählt wird. Der Sultan soll seine Minister im Einverständnis mit dem Parlament wählen. Das englische Verwaltungspersonal soll herabgesetzt und zum Teil mit Ägyptern besetzt werden, doch soll England im Kabinett, ebenso wie Italien, einen Vertreter haben und im Auslande von britischen Diplomaten vertreten werden.

Wie Geschäfte gemacht werden.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge ist es in Duisburg den Behörden gelungen, eine Schmugglerbande zu ermitteln, deren Mitglieder, wie verlautet, den angesehensten Handelskreisen angehören. Zuletzt haben sie für etwa 1 1/2 Millionen Mark hochprozentigen Spiritus, das Liter zu 18 M. herausgeschmuggelt und für 91 M. verkauft. Die Behörden haben unzweifelhaft festgestellt, daß auch belgische Offiziere ihre Hände dabei im Spiele hatten.

Proletarier Deutschland.

Von R. G. Haebler.

Das langsame Anzeichen der Baluta erweckt bei der Masse den Glauben, daß mit diesem Aufstieg auch unser gesamtes Wirtschaftsleben sich bessere. Diese Auffassung, wonach der Stand der Baluta das wirtschaftliche Barometer einer Volkswirtschaft bedeute, ist nicht in vollem Umfang haltbar. Das Sinken mancher Preise, etwa des Lebers, hängt nur zum Teil hiermit zusammen; auf der anderen Seite sehen wir sogar, daß trotz Baluta-Besserung eine Reihe von Lebensmitteln stark angezogen haben — es sei nur an Margarine erinnert. Im Ganzen ist aber die gegenwärtige Wirtschaftslage so ungeklärt und so voller Krisenstimmung, daß es fast unmöglich erscheint, nach einer Richtung hin bestimmtes zu sagen. Und das gilt auch für das Steigen der Baluta, bei der übrigens in den letzten Tagen ein Stillstand zu beobachten ist. Das scheint darauf hinzuweisen, daß diesem Steigen im Wesentlichen Börsenmanöver zu Grunde liegen, die mit den einheimischen Produktionsverhältnissen (die letzten Endes allein eine Gesundung herbeiführen können!) nicht unmittelbar ursächlich verknüpft sind.

Die Ursachen sind in dem Ausverkauf Deutschlands zu suchen, der sich nicht nur auf Waren erstreckt, sondern darüber hinaus sich jetzt auch sehr bemerkbar auf dem Effektenmarkt macht. Wir können drei Formen des gegenwärtigen Ausverkaufs feststellen: erstens Kapitalüberfremdung, zweitens Effektenausverkauf, drittens Warenausverkauf. Alle drei gehen gewissermaßen nebeneinander her, wenn auch zu verschiedenen Zeiten die eine oder andere Form deutlicher bemerkbar wird. Die Kapitalüberfremdung besteht darin, daß ausländische Kapitalisten die Aktien deutscher Unternehmungen aufkaufen. Hierbei scheint das westliche Kapital ganz bestimmte Richtungen im Auge zu haben, um gewisse Produktionszweige in seine Hand zu bekommen. Damit gewinnt es um billiges Geld einen maßgebenden Einfluß auf unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung, der sich nicht nur für die deutschen Unternehmer, sondern in der Zukunft auch für die deutsche Arbeiterschaft je nach der Entwicklung der Dinge unangenehm, möglicherweise aber auch fördernd geltend machen kann. Eine wesentliche Rolle wird dabei die Frage spielen, ob und wie weit das westliche Kapital ein Interesse daran hat, die deutsche Wirtschaft zu heben oder lahm zu legen. Daß diese Manipulationen des fremden Kapitals in unseren Kapitalistenkreisen auf Widerstand stoßen, ist sehr begründet. Das deutsche Kapital hat daher auch Abwehrmaßnahmen eingeleitet, indem es zum Beispiel Vorzugsaktien ausgab, welche der Kapitalüberfremdung einen Riegel vorschieben. Der deutsche Kapitalist tut das natürlich in seinem Interesse, nicht der Arbeiterschaft zuliebe. Denn für den Arbeiter kann es an sich gleichgültig sein, ob er von einem deutschen oder englischen Kapitalisten ausgebeutet wird. Aber auf der anderen Seite ist der deutsche Arbeiter politisch daran interessiert, daß das ausländische Kapital nicht stark in Deutschland wird; denn je mehr Aktien in den Händen der Siegerstaaten sich befinden, um so mehr ist die Gefahr vorhanden, daß Sozialisierungen auf einen Widerstand der feindlichen Kapitalmächte stoßen; Widerstände, die wir nicht unterschätzen wollen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Arbeiterschaft ein Interesse an einem nationalen Kapitalismus, um so mehr als die Weltrevolution vorerst noch ein schöner Traum für Kommunisten und ähnliche „Realpolitiker“ ist. Denn nur durch eine Weltrevolution wäre das Problem einer Voll-Sozialisierung in einem kapitalüberfremdeten Land zu lösen.

Die zweite Form des Ausverkaufs ist der Kauf von Effekten. Hier handelt es sich nicht um Aktien von Unternehmungen, deren Ertrag je nach den Marktverhältnissen ein schwankendes ist, sondern um festliegende, fest verzinsliche Werte, also Anleihen von Staat und Gemeinde oder Hypothekendarlehen. So hören wir, daß die amerikanischen Zeitungen geradezu wimmeln von Angeboten deutscher Staatsanleihen, darunter z. B. auch Karlsruher. Es sind besonders Deutsch-Amerikanische Zeitungen, in denen diese Papiere gehandelt werden. Auch deutsche Kriegsanleihen soll (nach der „Frankf. Zig.) ziemlich angekauft werden. Das beweist, daß in Amerika in den weitesten Kreisen man offenbar mit einer allmählichen Gesundung der deutschen Verhältnisse rechnet. So erfreulich dieser Glaube an sich für uns ist; in seinen finanziellen Auswirkungen bedeutet es eine ungeheure Tributzahlung an das Ausland. Der Amerikaner insbesondere ist durch den günstigen Stand seines Geldes in der Lage z. B. Staatsanleihen um einen Spottpreis zu kaufen. Das ist natürlich ein gutes Geschäft — auf Kosten der deutschen Städte. Außerdem ein sehr sicheres Geschäft; da die Gemeindevermögen nicht im Generalbankrott des Friedensvertrags eingegriffen sind. Damit werden die deutschen Städte, ihre gemeinnützigen Anlagen insbesondere, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Schlachthöfe usw., in die Hände des Auslands übergeben; und damit entsteht eine doppelte Abhängigkeit, auf der einen Seite eine Erschwerung des Rückkaufs und auf der anderen Seite eine dauernde Abgabepflicht ans Ausland. Mit anderen Worten: die deutsche Volkswirtschaft wird keinen Nutzen haben von dem Mehrwert den sie durch ihre Gesundung erarbeitet, sondern dieser Mehrwert wird zum größten Teile dem Ausland zugute kommen, und zwar in demselben Maße als die Baluta steigt. Das Steigen der Baluta bedeutet also in diesem Sinne für uns eine neue finanzielle Bürde, nämlich Sinken der Wirtschaft dem Ausland gegenüber. Diese Börsenbewegungen sind ein deutlicher Beweis für die ungeheure Unfähigkeit der Privatwirtschaft, die hier nicht mehr als personale, sondern als nationale Ausbeutung in Erscheinung tritt.

Unser Unglück wird dadurch noch verschlimmert, daß wir neben diesem Ausverkauf unserer Finanzwerte noch den direkten Ausverkauf unserer Produktion haben. Es ist der sogen.

1876
erwelt
Tenbach
1/10 Uhr

niff
4279

ala
ge-
alten
und
290.

er
4288

boten.

er Kaffe
ung des
er wer-
ab die
stiel des
4278
ng. Wei-
unterer
unent-

a Ware
gefertigt
n in ber-
Weisl.
bzugeben

uhe
4051

reitag

e

irg.
4283

Warenausverkauf. Es muß allerdings gesagt werden, daß gerade die Form des deutschen Ausverkaufs in den letzten Monaten durch Maßnahmen der deutschen Regierung zum Teil eingedämmt werden können. Solange aber unsere Wirtschaft wie im vorigen Jahre noch unter dem Zeichen der „Preiskrise“ und des „Unternehmertums“ gestanden hat, sind unerbürdliche Warenwerte, sogar Kohlen, Holz und Getreide ins Ausland gegangen. Auch dieser Warenausverkauf war nichts anderes als eine Ausbeutung der deutschen Arbeit, einen Mehrwert also, exportiert haben. Einen Mehrwert, der zudem in keiner Weise irgendwie produktionssteigernde Kraft gehabt hat, sondern reiner Profit für den Händler des Auslandes bedeutete. Dabei soll noch garnicht davon gesprochen werden, welche unheilvollen Rückwirkungen dieser Warenausverkauf auf die wirtschaftliche Gesamtlage Deutschlands hatte; denn mit jedem Ausgegenstand, der ins Ausland wanderte, verringerte sich unser Warenvermögen; dies trieb nach dem Gesetz des Privatkapitalismus die Preise in die Höhe und steigerte damit wieder die Lebenshaltung. Unsere ganze Preisnot ist im Grunde nichts anderes als die Wirkung der Preisnot in der Welt. Das Uebel liegt also weder in den hohen Löhnen, noch in den hohen Lebensmittelpreisen, sondern in der Wirtschaftskrisis der heutigen Welt des Privatkapitalismus. Eine Besserung kann deshalb nur dann erfolgen, wenn es gelingen sollte, diesen Privatkapitalismus zu unterbinden.

Die gegenwärtige Besserung der Welt bedeutet demnach noch nicht eine Besserung unserer volkswirtschaftlichen Gesamtsituation, da sie lediglich als Folgeerscheinung von Weltverhältnissen sich wirksam erweist. Eine Besserung unserer deutschen Wirtschaft kann deshalb nur von der Warenseite her kommen, nur durch Steigerung und planmäßiger Bewirtschaftung der Produktion. Darauf hat die Sozialdemokratie seit der Revolution immer und immer wieder hingewiesen; daß man sie nicht beachtet hat, ist die Schuld der bürgerlichen Parteien, die immer noch glauben, eine so ungeheure Krise einer Gesamtheit mit den Mitteln der privaten Wirtschaft beseitigen zu können. Eine Steigerung der Produktion aber ist abhängig von den Rohstoffen; und das sind in erster Reihe Kohlen und Eisen. So wie die Dinge liegen, ist eine solche Steigerung nur möglich, wenn die Arbeitskräfte, welche diese Rohstoffe beschaffen, diese Steigerung mit aller Energie in Angriff nehmen.

Damit kommen wir zu einem politischen Problem, das eng verknüpft ist mit der wirtschaftspolitischen Einstellung der Bergarbeiter. Die Sachlage dort ist doch die, daß weite Kreise der Bergarbeiter, man darf wohl sagen nahezu alle Bergarbeiter auf dem Boden sozialistischer Wirtschaft stehen. Daraus ergibt sich mit logischer Notwendigkeit: es muß endlich einmal Ernst gemacht werden mit den „Parteiorganen“ aller Parteien — als es im vorigen Jahre zu den Wahlen zur Nationalversammlung ging; diese haben alle eine Sozialisierung des Bergbaus vor. Solange dies nicht geschieht, wird die Bergarbeiterpartei mit Mißtrauen jeder beabsichtigten Produktionssteigerung gegenüberstehen, weil sie hinter ihr eine verkappte kapitalistische Wirtschaft sieht. Und auf der anderen Seite wird sie dadurch immer mehr ins politisch radikale Lager gedrängt. Aus diesen Zusammenhängen heraus erscheint eine restlose Sozialisierung der Kohlenproduktion die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Gesundung. So vorwärts man auf anderen Gebieten in der Frage der Sozialisierung vorgehen muß, hier sind zweifellos die Vorbildungen gegeben. Eine Steigerung der Rohstoffproduktion wird eine Erhöhung des Warenvermögens mit sich bringen und damit eine Erhöhung der Warenausverkäufe, die nicht auf den spekulativen Grundlagen des Handels mit Wertpapieren beruht, sondern auf der Grundlage des Tauschwertes; die einzig gesunde Grundlage der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Menschen und Völkern.

Politische Uebersicht.
Eine unabhängige Warnung.

Von überall her kommen Nachrichten, die von angeblichen Umsturzbewegungen melden. Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht, was die Regierung zu tun gedenkt, um gegen die geplanten Umsturzbewegungen Front zu machen. Die deutschnationale „Tägliche Rundschau“ erzählt ihren Lesern etwas von geheimen „Sowjet-Organisationen“, die die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland gebildet haben. Das Blatt erklärt, daß die noch in Deutschland befindlichen 20 000 Gefangenen eines Tages mit den deutschen Volksgenossen gemeinsame Sache

machen würden. Auch sonst wird in verschiedenen Blättern viel von bevorstehenden Unruhen und etwa zu erwartenden Umstürzen geschrieben. Anlaß dazu geben zum Teil die Lebensmittelpreisen in einzelnen Städten, zum Teil auch die Agitation gegen den 10prozentigen Lohnabzug. Die Arbeiterpartei hat alle Veranlassung, bei all ihrer berechtigten Empörung über die Teuerung und das schamlose Vorgehen der Lebensmittelpreiswucherer die Augen offen zu halten, um sich nicht von Spitzeln oder Provokatoren mißbrauchen zu lassen.

Auch das führende Blatt der Unabhängigen, die „Freiheit“, mahnt in ihrem Mittwoch-Morgenblatt zur Vorsicht. Wörtlich schreibt sie:

„Das Vorhandensein von Provokatoren ist erwiesen in Hamburg wie auch in Süddeutschland. Die linksstehenden Parteien haben mit den Unruhen nichts zu tun. Sie haben im Gegenteil die Bevölkerung vor Ausschreitungen gewarnt, weil diese nicht ein Mittel sind, um der Teuerung abzuhelfen. Angesichts der ersten Lage haben wir allen Grund, die Arbeiterpartei einmütig vor Dummschützen zu warnen. Wir wissen genau, daß die Militärpartei ihre Pläne für gewaltsamen Umsturz noch nicht aufgegeben hat. Aus diesen Gründen verjagen die Reaktionsären auch die Lebensmittelpreiswucherer zu einem linksradikalen Kulisch zu steigern.“

Diese Warnung und Erklärung stimmt ganz mit unserer Auffassung überein. Die Arbeiterpartei könnte zurzeit nichts Dummeres tun und den Reaktionsären keinen größeren Gefallen erwirken, als in den Generalstreik einzutreten und Stragendemonstrationen zu machen. Darauf warten die Reaktionsären ja nur. Die wohlgeleitete Arbeiterpartei wird ihnen den Gefallen nicht tun, sie wird vielmehr die besagten Spitzel und Provokatoren ganz entschieden nach Hause schicken.

Der Mißtrauensantrag der Unabhängigen.

Über den in der vorgelagerten Reichstagsitzung von den Unabhängigen gestellten Mißtrauensantrag (siehe getrigger Reichstagsbericht im „Volkstempel“) hat, wie der „Vorkämpfer“ schreibt, die sozialdemokratische Fraktion nach Schluß der Reichstagsitzung bereits eingehend verhandelt. Sie ist zu dem einmütigen Entschluß gekommen, ihn abzulehnen. Die Unabhängigen berufen sich, wie der „Vorkämpfer“ meint, mit ihrem Antrag auf die Unterstützung der Sozialdemokraten zu ihrem Antrag der Regierung den Boden entziehen würde, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen. Die Ablehnung des Mißtrauensvotums bedeutet in keiner Weise ein Vertrauensvotum. Die Fraktion hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Taten der Regierung abwarten wolle, bevor sie einseitig zu ihr Stellung nehme. Vorher durch ein Mißtrauensvotum sich festzulegen, lehne sie ebenso entschieden ab, wie die Zustimmung der Regierung von vornherein ihr Vertrauen auszuspochen.

Auch Kautsky soll verduften.

Die Selbsthorne in der USP sind seit einiger Zeit unermüdlich an Werte, ihre wenigen, wirklich führenden Köpfe aus der Partei hinauszuwickeln. In einer sehr deutlichen Art befaßt sich das „Mittel-Gebirg“ mit dem Unabhängigen Kautsky. „Einst und jetzt“ und verucht, aus seinen verschiedenen Schriften den Nachweis zu führen, daß dieser anerkannte wissenschaftliche Vertreter des Sozialismus ein Unlerner und Rückwärtler sei, der am besten schweigend die Tür von draußen zumachen möge. In seiner Betrachtung kommt es zu folgendem Schluß:

„Es ließe sich noch manches Äußerliches an dem Zusammenhange gerufen — anführen, das ein Beweis für die Unlernerei und Rückwärtigkeit Kautskys ist. Im Interesse der Klarheit wäre es besser, wenn Kautsky daraus die Konsequenzen zöge und in die Partei Eduard Bernstein einträte, dessen Reformismus er sich in allen wesentlichen Punkten zu eigen gemacht hat. Es wäre dann nicht mehr möglich, daß Kautsky als angeblicher Vertreter der USP, zu deren gefährlicher Bekämpfung Argumente liefern könnte.“

Ob die kleinen revolutionären Gernegroße gar nicht merken, wie furchtbar lächerlich ihre anmaßende Art gegen Sozialdemokraten von der Bedeutung eines Kautsky bei dem vernünftigen Teile der Arbeiterpartei wirken muß, uns kann es ja recht sein. Nur immer heraus aus der Konfusionspartei mit den Korsten Köpfen der Sozialdemokratie, um so eher tritt auch die große Klärung bei den Teilen der Arbeiterpartei ein, die durch den unabhängigen Phrasenschwall bewirrt worden sind.

Deutschland muß arbeiten.

Mit einer Verleumdung, die für uns Deutsche schwer verträglich ist, hält das französische Volk an der Utopie fest, die Wiedergutmachungssumme, die uns auferlegt werden soll und von der wir noch immer keine klare Vorstellung haben, diene vor allem dazu, den Sädel der französischen Steuerzahler

zu entlasten. Auch in den sozialistischen Kreisen Frankreichs gibt man sich zum guten Teil diesem gefährlichen Optimismus hin. So erklärte der gemäßigtere Sozialist Aubriot erst letzt hin wieder in der Kammerdebatte über auswärtige Anleiheheiten, als er auf die Wiedergutmachung zu sprechen kam, die Deutschen, als die Urheber des Unglücks Frankreichs müßten arbeiten, um wieder gut zu machen.

So sehr auch wir der Ansicht sind, daß Deutschland seinen Teil an dem Wiederaufbau Europas, und vor allem zum Aufbau des am meisten geschädigten Frankreichs beiträgt, so wenig können wir dieser wohlgemeinten und wenig sozialen Theorie von den besiegten Völkern als Arbeitsklaven Europas zustimmen. Es ist gewiß bitter für den französischen Steuerzahler, die Differenz zwischen dem, was Deutschland gibt und schuldet, aufzubringen, wie sich Aubriot ausdrückt, aber es dürfte eine durchaus gemessene Methode sein, den deutschen Arbeiter vor den Steuerlasten zu sparen, um den französischen Bürger vor Steuer zu schützen. Das internationale Uebel der Finanzmiserie kann nur auf dem Wege internationaler Zusammenarbeit gelöst werden.

Unter 400000 Mark Gehalt wollen sie das Vaterland nicht „retten“.

Das Geschehen der Deutschen Volkspartei nach Sachminkern ist plötzlich verstimmt. Dazu schreibt der „Vorkämpfer“: „Die D. V.“ gibt nun für das Ausbleiben der Sachminister einen materialistischen Erklärungsgrund. Nachdem Wiedergebilde abgelehnt habe, sei mit dem Direktor einer großen Maschinenfabrik verhandelt worden, der aber als Gehalt sein bisheriges Einkommen — 400 000 Mark im Jahre — verlangen wollte. Diese Forderung sei abgelehnt worden. Die in Aussicht gestellte Stellung des Vaterlandes durch die rechtsparlamentarische „Sachminister“ muß also ausbleiben, weil den Herren das Mindestgehalt zu niedrig ist! Der Fall ist doppelt zu registrieren unter „R. (Rechtsparlament) und P. (Patriotismus)“. Und diese jetzt ganz mäusechenfüll gemordene Gesellschaft fenne bisher andauernd über „Buttertrippenswirtschaft“, heulmeierte, daß sich die „sozialdemokratischen“ Minister „die Taschen füllen!“

Öndischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 1. Juli.
57. öffentliche Sitzung.

Präsident Koff eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Arbeitsminister Rüdert erklärt zur Anfrage des Abg. Odenwald (Dem.) über die Siebelungs- und Landbau, daß zwei Gutachten zur genaueren Prüfung vom Tage der Gründung an eingeholt wurden: eines von einem bayerischen Pflanzerevisor und eines von Verwaltungsdirektor Kramp. Das letztere Gutachten ist eingegangen; das erste Gutachten folgt bald. Der Landtag muß sich deshalb noch einige Tage gedulden; alsdann kann das ganze Material vorgelegt werden.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Dr. Schorer (Ztr.) bezüglich der Vorkämpfe bei der Bauernversammlung in Adorf, teilte Minister Memmel mit, daß die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften eine Aussprache mit den Bauernvereinen herbeiführen wollen, die anfangs korrekt verlief bis plötzlich tumultuös veranlagte Menschen in den Saal stürmten, um die Versammlung zu sprengen. Die Staatsanwaltschaft wird alles tun, um die Unruhmacher festzustellen.

Reil, und Pflegenhalten.

Abg. Fehn (Dem.) berichtet über die Beschäftigung der Heil- und Pflegenanstalten. Wir müssen davon kommen, daß nur die heilbaren und die gefährlichen unheilbaren Geisteskranken in den Anstalten untergebracht werden; daß dagegen die harmlosen Geisteskranken in der Freiheit belassen werden, ohne daß sie allerdings Gegenstand des Spottes werden dürfen. Die Irrenanstalten müssen vom Volke als Krankeanstalten angesehen werden, nicht als Gefängnisse. Für die Wärter ist Festigkeit vonnöten. Zum Schluß weist der Berichterstatter darauf hin, daß der von ihm verfaßte Bericht mit 4 gegen 1 Stimmen genehmigt wurde. Mit dem Wort einer Wärterin, „wenn man sich Krankepflege nennen will, muß man wissen, daß man nicht Heilmittel und auch nicht Heilmittel ist“ (Abg. Dr. Schorer (Ztr.): Ein wahres Wort), wollte ich letztere nicht beleidigen. (Abg. Wösch (Soz.): Aber es geschieht mit diesen Worten). Wir müssen die Irrenfürsorge nach bisheriger Art weiterführen.

Abg. Kaufs (Soz.): Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, denen das Wohl der Kranken in erster Linie maßgebend ist, geben zum Bericht des Abg. Fehn folgende Erklärung

ab: Die Namen der Abgg. Kaufs und Weismann wurden ohne deren Zustimmung bei der Anordnung der Drucklegung

Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjeff.

63
Fenitschka setzte sich schweigend auf den Rand eines Sessels.
„Sören Sie,“ fuhr Paul Petrovitsch fort, indem er an seinem Schnurrbart zupfte, „ich wollte Sie schon lange etwas fragen: es scheint mir, als ob Sie mich fürchten?“
„Ja...?“
„Ja Sie. Sie sehen mir nie gerade in die Augen... als ob Ihr Gewissen nicht ganz rein wäre...“
Fenitschka errödete, sah aber Paul Petrovitsch an. Sein ganzes Wesen schien ihr so eigentümlich, daß sie unwillkürlich zusammenschauerte.
„Ist Ihr Gewissen rein?“ fragte er sie.
„Warum sollte es nicht rein sein?“ flüsterte sie.
„Was weiß ich! Uebrigens, gegen wen könnten Sie sich vergangen haben? Gegen mich? Das ist nicht wahrscheinlich. Gegen sonst jemand hier im Hause? Das ist ebenfalls nicht recht möglich. Etwa gegen meinen Bruder? Nein, denn Sie lieben ihn ja, nicht wahr?“
„Ja, ich liebe ihn.“
„Von ganzem Herzen?“
„Ich liebe Nikolaus Petrovitsch von ganzem Herzen.“
„Wirklich? Sehen Sie mich mal an, Fenitschka.“ (Es war das erste Mal, daß er sie so nannte.)... Sie wissen... Lügen ist eine große Sünde.“
„Ich lüge nicht, Paul Petrovitsch. Wenn ich Nikolaus Petrovitsch nicht liebte, verdiente ich ja nicht zu leben.“
„Und Sie würden ihn niemand zuliebe aufgeben?“
„Dem zuliebe sollte ich ihn denn aufgeben?“
„Dem zuliebe! Wer weiß? Nun, zum Beispiel dem Herrn zuliebe, der uns soeben verlassen hat.“
Fenitschka stand auf.
„Um Gottes Willen, Paul Petrovitsch, warum wälen Sie mich so? Was habe ich Ihnen getan? Wie kann man nur so reden!“
„Fenitschka,“ sagte Paul Petrovitsch in traurigem Tone, „ich hab's ja gesehen.“

„Was haben Sie gesehen?“
„Dort... in der Raube...“
Fenitschka errödete bis unter die Haare.
„Was das meine Schuld?“ brachte sie mit Anstrengung heraus.

Paul Petrovitsch stand auf.
„Sie sind nicht schuldig? Nein? In keiner Beziehung?“
„Ich liebe und werde mein Lebenlang nur einen Mann auf Erden lieben, und das ist Nikolaus Petrovitsch.“ Sprach Fenitschka mit plötzlicher Energie, während ihr Hals unter dem Schloßchen, das jeden Augenblick auszubrechen drohte, anknirschte; „und was das betrifft, was Sie gesehen haben, so werde ich vor dem jüngsten Gericht erklären, daß ich unschuldig bin, und ich will lieber auf der Stelle sterben, wenn sein muß, als in den Verdacht kommen, ich hätte mich einer so schrecklichen Sache wie der Untreue gegen meinen Wohlthäter Nikolaus Petrovitsch schuldig gemacht.“

Aber hier ließ sie ihre Stimme im Stich und in demselben Augenblick fühlte sie, daß Paul Petrovitsch ihre Hand ergriffen hatte und sie fest drückte... Sie sah ihn an und war wie versteinert. Er war noch blässer als vorher; seine Augen funkelten, und was das Wunderbarste war, eine große einsame Träne rollte langsam über seine Wange herab.

„Fenitschka,“ sagte er in eigentümlichem Flüstertone, „lieben Sie, lieben Sie meinen Bruder! Er ist ein so guter treuherziger Mensch! Verlassen Sie ihn niemand zuliebe, wer es auch sein mag. Hören Sie auf keines Menschen Worten! Bedenken Sie, daß es nichts Schrecklicheres gibt als zu lieben und nicht wieder geliebt zu werden! Werden Sie meinem armen Bruder niemals untreu!“

Fenitschkas Tränen hörten auf zu fließen und ihre Furcht war völlig verschwunden — so groß war ihr Erstaunen. Über was empfand sie erst, als Paul Petrovitsch, Paul Petrovitsch in eigener Person, ihre Hand wieder und wieder an seine Lippen drückte, ohne sie zu küssen und nur von Zeit zu Zeit eine konvulsischen Seufzer ausstößend.

„Großer Gott!“ dachte sie, „wenn er nur keinen Anfall bekommt.“

Sie ahnte nicht, daß in diesem Augenblicke sein ganzes vergangenes Leben sein Herz schmerzlich durchbebt.

Die Treppe knirschte unter häufigen Tritten... Er stieß Fenitschka von sich und drückte den Kopf auf sein Sofa. Die Tür ging auf und mit frohlichem, freudigem und animiertem Gesicht erschien Nikolaus Petrovitsch, Witja, ebenso frisch und animiert wie sein Vater, hüpfte in rotem Hemdchen auf seinem Arm und stemmte seine nackten Füßchen gegen die großen Knoknöpfe seines Vaters.

Fenitschka stürzte auf den Eintretenden zu, schlang die Arme um ihn und ihren Sohn und lehnte das Haupt an seine Schulter. Nikolaus Petrovitsch geriet in Erstaunen; Fenitschka, schüchtern und zurückhaltend, hatte ihn noch niemals irgendwie in Gegenwart einer dritten Person geliebt.

„Was ist dir denn?“ sagte er und dann seiner Bruder ansehend übergab er ihr Witja. „Du fühlst dich doch nicht schlechter?“ fragte er auf Paul Petrovitsch zutretend.
Dieser verberg sein Gesicht in seinem baltischen Schnupftuch.

„Nein... es ist nichts... im Gegenteil, ich fühle mich viel besser.“

„Du hast nicht wohl daran getan, dich auf das Sofa zu legen. Wo gehst du hin?“ setzte Nikolaus Petrovitsch sich an Fenitschka wendend hinzu; aber diese hatte schon die Tür hinter sich zugezogen.

„Ich kam, um dir meinen kleinen Ruben zu zeigen; es langweilte ihn, daß er seinen Onkel so lange nicht zu sehen bekam. Warum hat sie ihn wieder fortgetragen? Aber was ist dir denn? Ist zwischen euch etwas vorgefallen?“

„Bruder!“ sagte Paul Petrovitsch in feierlichem Tone. Nikolaus Petrovitsch fuhr zusammen. Ein eigentümliches Gesicht überdruckte ihn, er wußte selbst nicht warum. „Bruder,“ wiederholte Paul Petrovitsch, „verdrich mir meine Bitte zu erfüllen...“

(Fortsetzung folgt.)

Minist
Rforz h
Kali muß
da sie me
daß von i
sücht und
wurde in
Vorwärts
Unterbrin
gen Stan
loch werde
gehen. W
werden in
Befähigun
Anhalt so
zu Schließ
jen vor a
kommt un
und es di
num mal
wurde nur
in Wieslo
Wolner,
daß nicht
und daß
bekommt
jein Frage
und werde
Abg.
der Frage
Eine Wäre
gen Zeibei
len wobei
religiös-n
Hingabe n
rück, dem
teil dessen
Kungen de
Klengerinn
Heidelber
schwärmere
eben in g
Auch in d
Nemmel:
Minister
Minister

Minist
Rforz h
Kali muß
da sie me
daß von i
sücht und
wurde in
Vorwärts
Unterbrin
gen Stan
loch werde
gehen. W
werden in
Befähigun
Anhalt so
zu Schließ
jen vor a
kommt un
und es di
num mal
wurde nur
in Wieslo
Wolner,
daß nicht
und daß
bekommt
jein Frage
und werde
Abg.
der Frage
Eine Wäre
gen Zeibei
len wobei
religiös-n
Hingabe n
rück, dem
teil dessen
Kungen de
Klengerinn
Heidelber
schwärmere
eben in g
Auch in d
Nemmel:
Minister
Minister

Seite 2
Frankreichs
Diktatorismus
erit legt
Angelegen-
en kam, die
müssen
Land seinen
zum Auf-
so wenig
Theorie
das zutim-
teuerzähler,
und schule
es dürfte
rechter vor
ein Bürger
er Finanz-
sammar-
ie das
ch m i n i-
Dowärs:
Nachweis-
den Wies-
sohen Ma-
sein bis-
berlangtel
in Aufsicht
parteilichen
eren das
zu regi-
otismus),
Wesellshaft
st", heu-
stier. die
1. Juli.
n. Oden-
d ban z,
n Grün-
n H. Leh-
Das leh-
folgt bal-
gebulden;
(Str.) be-
radio f-
atistischen
mit den
st verifiz
al stütz-
waltschaft
der Stell-
nur die
nlen in
die harm-
ohne daß
en. Die
en ange-
trier ist
lehtatter
gegen
Wärerin,
n wissen,
" (Abg.
ere nicht
it diesen
rigen Art
ritigfieber
er Linie
gende
wurden
Anlegung
ganzes
Er
auf sein
um, tri-
Betro-
Wäter,
hemnte
seines
ang die
mpt an
taumen;
och nie-
son ge-
Bruder
h doch
treuler,
chnupf-
föhle
Sofa zu
ich sich
on die
nen; es
zu sehen
Aber
llen?
Tone,
entüm-
orum,
ch mir

des vorgelegten Berichtes mit verwendet. (Hört, hört!) Sie erklären, daß sie mit dem Inhalt des Berichtes in folgenden Punkten nicht einverstanden sind: 1. daß dem angeblich nicht religiös gesinnten Personal Mißbrauch der Freiheit unterstellt wird, 2. daß die probeweise Einführung des 8-Stundentages in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, auch nach der Meinung des Personals sich nicht bewährt habe, 3. daß die Berücksichtigung nach Klassen das Wort gerettet wird, 4. daß die Forderung des Personalrats als Verkörperung der Menschlichkeit nicht angeführt sind, 5. desgleichen, 6. daß durch Einführung einer Neuorganisation einer Wärtlerin des Krankenbundes eine Beeinträchtigung des Berufsstandes der Fabrikarbeiterinnen und der Arbeiterinnen durch den Berichtsstatter besonders unterstrichen wird, 7. daß bei Schilderung des Kapitels „die Wieslocher Revolution“ von völlig unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen wird und der laufende Zusammenhang der dortigen Unzufriedenheit schon vor dem Kriege bis heute nicht in Rechnung gestellt wird. Ferner dagegen, daß im selben Kapitel der „Anschluß an eine der Sozialdemokratie nahestehende Organisation“ als Ursache der Unruhen mit bezeichnet wird. Die gewerkschaftliche Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die damit gemeint ist, steht streng auf dem Boden politischer Neutralität und hat mit der Sozialdemokratischen Partei als politischer Partei nichts zu tun, 8. daß behauptet wird, die Einstellung der Personalbeschweren sei als letzte, beste und billigste Lösung der Personalbeschwerden zu betrachten gewesen.

Abg. Seubert (Ztr.) erklärt, die Einzelberichte seien ordnungsgemäß fertiggestellt worden.
Abg. Dr. Lefter (Dem.) äußert sich zur Unübersichtlichkeit in Heidelberg.
Abg. Dr. Glöckner (Dem.) weist auf seine dienstlichen Erfahrungen als Referent auf dem Gebiete der Armenfürsorge hin. Wir hätten damals ein pflichtgetreues und williges Personal. Mit diesem Verhältnis scheint es in einzelnen Anstalten vorbei zu sein. Wer in den Staatsdienst will, muß sich dessen Bedingungen fügen. Der Achtstundentag ist nicht zu befechten; jedoch muß er vernünftig durchgeführt werden. Ein Achtstundentag im Bergwerk ist etwas anderes als ein Achtstundentag eines Wärtlers, der einen Kranken begleitet. Auch ist ein häufiger Wechsel des Wärtlers für den Kranken nachteilig. Auch in der Frage der Einheitslohn darf man nicht uniformieren.

Minister Nemele erklärt den Bericht über die Anstalt Forzheim nicht unterzeichnen zu können; denn diese Anstalt muß so schnell als möglich aufgehoben werden, da sie menschenunwürdig ist. Das Ministerium hat angeordnet, daß von den in Forzheim befindlichen 250 Anstalten 100 ausgesucht und in andere Anstalten untergebracht werden müssen, worauf man sehen wird, wohin die anderen kommen. Denn die Unterbringung in Zellen wie in Forzheim läßt sich beim heutigen Stand der Wissenschaft nicht mehr verantworten. In Wiesloch werden wir sehen, zu einer anderen Art Deutung überzugehen. Bei der Wärtlerausbildung kann nicht so weitergearbeitet werden wie in der Vergangenheit. Auch hier muß ein neuer Beschäftigungsnachweis eingeführt werden. Der Direktor einer Anstalt kann nicht gleichzeitig das Personal ausbilden, weil dies zu Schwierigkeiten führt. Bei der Auswahl des Personals müssen vor allem die Charaktereigenschaften eine Rolle spielen. Es kommt auch darauf an, mit dem Personal verfahren zu können und es dürfen nicht Dinge zu Verboden gespielt werden, die nun mal in der heutigen Zeit vorzukommen. Der Achtstundentag wurde nur mit Genehmigung des Landtags bei einigen Bauten in Wiesloch probeweise eingeführt. Zum Satz des Abg. Dr. Glöckner, „Es muß durchgeführt werden“, ist zu sagen, daß man doch nicht begreifen darf, in welchen Schwierigkeiten wir leben, und daß die Leute davonlaufen. Führt man dann durch, dann bekommt man wieder Schwierigkeiten (Abg. Seubert (Ztr.): In diesem Falle nicht). Auch in diesem Falle. Denn gerade zu dieser Frage haben wir von Ihrer Seite schon andere Töne gehört und werden sie wieder mal hören.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) ist der Meinung, daß die Aufhebung der Forzheimer Anstalt endlich in die Wege geleitet werden muß. Eine Wärtlerausbildung ist mir an sich unangenehm; aber die heutigen Zeitverhältnisse rechtfertigen es, an deren Errichtung zu denken, wobei Jüdenau am ersten in Frage käme. Möglicherweise ist auch eine religiös-moralische Ausbildung. Das Christentum stärkt die Hingabe an den Dienst. (Widerspruch links). Ich weise es zurück, dem Personal zu nahe getreten zu sein; ich habe im Gegenteil dessen Opferwilligkeit anerkannt. Ich kann in den Aufstellungen des Berichterstatters keine Verleumdung des Standes der Wärtlerinnen und der Fabrikarbeiterinnen erblicken. (Abg. Wäterschlag (Ztr.): Aber dann darf man sie nicht mit Nachschwärmerinnen in Verbindung bringen.) Es handelt sich hier eben um ganz verschiedene Berufe. Mehr ist damit nicht gesagt. Auch in Wiesloch muß wieder Ordnung einklinken. (Minister Nemele: Die Behauptungen sind nicht erwiesen worden.) Der Minister muß den Dingen energisch nachgehen.

Abg. Rausch (Ztr.):
Wir wollen Ruhe und Ordnung in den Pflegeanstalten. Wesentliche Unzufriedenheit herrscht nur in Wiesloch; dabei wird jedoch keine Seite bis jetzt darauf hin, daß längst vor dem Kriege von dort Verdrängungen kamen. Im Landtag 1912/13 war es allerdings das Zentrum, das gegen den Direktor einen Vorstoß machte; damals war allerdings das Personal noch christlich organisiert — womit ja das Zentrum nichts zu tun hat. Auch damals war also schon etwas faul im Staate Dinemart und das Zentrum fuhr mit 5 Rechnern gegen die Direktion auf. Der Reiz war also allseitig die Direktion von Wiesloch. Die Forderungen wurden schon gestellt zu einer Zeit, als die sozialdemokratische Partei noch in keinerlei Verbindung mit dem Personal stand. (Widerspruch links). Damals war das Personal „noch noch christlich organisiert“. Die Unruhen sind sonach aus dem ganzen Verhältnis heraus entstanden. Der probeweise in Wiesloch eingeführte Achtstundentag ist wieder abgeschafft worden. Der Dienst hat unter der adäquaten Arbeitszeit nicht gelitten. Das Personal hatte alles Interesse daran, darüber zu wachen, daß rationierte Waren nicht dazu verwendet werden, die Kost gewisser Klassen zu erhöhen. Was die Nachschwärmerinnen betrifft, so ist nur ein einziger Fall vom Inzidenzschadensaufkommen vorgekommen. Es war also unangebracht, die Sache in den Bericht zu bringen. (Sehr richtig! links). Ich habe gegen die Veranlassung des Ordenspersonals in den Krankenanstalten nichts einzuwenden. Aber angesichts der Arbeitslosigkeit sollte man weisliches Personal nicht entlassen, um billiges Ordenspersonal einzustellen. Es wird versucht, die Organisation der Staatsarbeiter in den Hintergrund zu drängen, um den „Vormantel“ dafür zur Geltung zu bringen. Soll der Direktor ohne Einverständnis vorgehen dürfen? Das Personal läßt sich eben in seinen Rechten nicht um 50 Jahre zurückwerfen. Die Direktion von Wiesloch sollte von den Direktionen von Jüdenau usw. lernen. Dem Wunsch nach Schaffung von Wärtlerstellen ist ich nicht an; sie haben sich in anderen Ländern gut bewährt. In erster Linie muß in den Anstalten das Wohl der Kranken stehen.

Abg. Odenwald (Dem.) erklärt, daß auch Forzheim die halbe Anstalt der Forzheimer Anstalt würdig.
Abg. Karl (Ztr.) erkennt den allseitigen Willen der Arbeiter, den Kranken zu helfen und würdigt die Tätigkeit der Inzidenzschadensaufweiser.
Abg. Seubert (Ztr.) findet, daß nichts Positives gegen den Direktor von Wiesloch vorgebracht wurde.
Minister Nemele erklärt, daß diese Verhandlungen nicht zur Schenkung der Urteile auf beiden Seiten beitragen werden. Die vom Abg. Seubert beigegebenen Antworten eignen sich für die Kommission, nicht für das Plenum. Mit „Hören“ und „man spricht“ kann man in der Staatsverwaltung nichts an-

fangen, Herr Abg. Seubert. Auch in der Anstalt Emmendingen haben ähnliche Veränderungen eintreten müssen; davon spricht man jedoch nicht. Der Fall Forzheim wird jetzt zur disziplinarischen Untersuchung geführt und ich bitte den Abg. Seubert, seine Ausführungen zu belegen.

Abg. Rausch (Ztr.) protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Äußerungen des Abg. Seubert hinsichtlich der Eitelkeit des Personals in Wiesloch. Ich will es unterlassen, hier Streiflichter auf Dinge zu werfen, wo es dem Abg. Seubert näher läge, nach dem rechten zu sehen. (Zwischenruf im Zentrum). Die dem Personal gemachte Zusage hinsichtlich der Tätigkeit wurde nicht gehalten, bis sie das Personal erzwingen; ähnlich liegt es mit der Zusage.

Minister Nemele teilt mit, daß für alle Anstalten eine neue Hausordnung durchgeführt wird.
Abg. Großhans (Ztr.) erklärt gegenüber dem Abg. Schöfer, daß seine Sprechweise ihm gegenüber beweise, daß die Religion nicht die Herzensbildung veredele. Was die Anstalten betrifft, so gab es auch vor der Revolution Unzufriedenheiten, die zur Kritik Anlaß gaben. Ich vermittele, daß in dem Bericht kein anerkennendes Wort für das Personal gesagt wird.

Abg. Seubert (Ztr.) wünscht nochmals, daß in Wiesloch Ordnung geschaffen wird.
Abg. Weismann (Ztr.): Wenn heute die Autorität des Direktors nicht gestärkt wurde, so ist daran der wenig glückliche Bericht des Abg. Fein schuld, gegen den wir deshalb protestiert haben.

Abg. Fein (Dem.) erklärt als Berichterstatter in seinem Schlusswort, daß über seinen Bericht auch andere Urteile als das des Abg. Weismann gefällt wurden.
Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Glöckner (Dem.), Abg. Dr. Schöfer (Ztr.), Abg. Fein (Dem.) und Abg. Großhans (Ztr.) wird die Sitzung um 1.15 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag früh 10 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen und Petitionen.

Badische Politik.

Die „Badische Landeszeitung“ und die Zwangswirtschaft.
Den „Chefredakteur“ der „Badischen Landeszeitung“ läßt der Ruf über den Erfolg seines Kampfes gegen die Zwangswirtschaft nicht mehr ruhig schlafen. Er meint in einem in Nr. 220 seines Blattes veröffentlichten Artikel, er habe in dem Kampf um die Freigabe von Fleisch und Kartoffeln die Fahne vorangetragen und das mit Erfolg. Hoffentlich hat der „Hauptgeschäftsführer“ dieses Blattes auch den Mut, zu dieser seiner Erklärung noch in einigen Monaten zu stehen, dann nämlich, wenn die Erörterung der beiden Volksschichten wegen Mangels an Fleisch wieder hohe Wogen der Erregung schlägt. Hoffentlich erhebt er dann nicht dazu, wieder irgend eine faule Ausrede anzugeben, wie er dies angesichts der hohen Kirchenpreise mit seiner Forderung nach der Erlassung eines Kirchenbrennverbots tat. Der Herr Hauptgeschäftsführer meint schließlich noch, der treffliche Grund für das Festhalten an der Zwangswirtschaft liege bei der Sozialdemokratie darin, daß mit ihrer Aufgabe der Konteroff des „sozialistisch-kommunistischen Gedankens“ zugestanden werde. Damit will dieser Herr also ausdrücken, es sei die Zwangswirtschaft eines Programmgrundstückes wegen gefordert worden oder einer wissenschaftlichen Überzeugung wegen.

Wäre der Kampf der „Badischen Landeszeitung“ gegen die Zwangswirtschaft nicht so sehr aus politisch-agitativen Rücksichten diktiert, dann müßte die Leitung dieses Blattes wissen, daß es auch in der Sozialdemokratie keinen Anhänger solcher Art von Zwangswirtschaft gibt und welcher etwa der Auffassung zuneigt, daß die jetzige für Kriegszwecke und gegen jedermanns freien Willen erzwungene Zwangswirtschaft in der Friedenswirtschaft unmöglich aufrecht erhalten werden kann. Eine solche Zwangswirtschaft hat nur Sinn in der Zeit der Not eines Landes, in welcher es keinen Weltverkehr mit Waren gibt und das Gesetz von Angebot und Nachfrage völlig aufgehoben ist. Die Zwangswirtschaft wurde seinerzeit eingeführt, um jedem Menschen sein Stücker Brot zu sichern. Auch jetzt noch sollte die Wirtschaft in irgend einer Form solange planmäßig fortgeführt werden, bis das Angebot von Waren die Nachfrage einigermaßen deckt. Der zurzeit vorhandene Meinungsstreit ist entstanden, weil das Verlangen nach freier Wirtschaft zu früh einsetzt in einer Zeit, in welcher durch den Mangel an Waren noch obnorm hohe Preise erzielt und damit die Kaufkraft des Volkes herabgedrückt wird. Was hat nicht die Phrase vom Anschlag an den Weltmarktspies für ein Unheil angerichtet. Für die Industrie hat man nun Weltmarktpreise, der größte Abnehmer der Industrieerzeugnisse aber, das deutsche Volk, kann die Preise nicht zahlen, jedoch Geschäftsförderung und Arbeitslosigkeit jetzt ihre Wellen schlagen.

Es ist eine Politik des Verbrechens, die Parole der Beseitigung aller Zwangswirtschaft unmöglichlich vorwärts zu treiben und es gleich dieser Kampf dem Spiel mit dem Bürgerkrieg, wenn nicht endlich die Wortführer dieser Bewegung Verzicht annehmen. Wer zu sehen vermag und die Zeichen der Zeit nicht überdauert, wer also nur seiner Partei Vorteil wegen ausschließlich Produzentenpolitik treibt, der ist, wenn auch unbewußt, der eifrige Totengräber der demokratisch-republikanischen Staatsform.

Stellung der Kommunalverbände zur Zwangswirtschaft.

Lehnen Dienstag fand im Ministerium des Innern eine Konferenz der Vertreter und Leiter der bad. Kommunalverbände statt, die zu der beabsichtigten Umgestaltung der Zwangswirtschaft Stellung nehmen. Der Minister des Innern Nemele hielt den einleitenden Vortrag, aus dem zu ersehen ist, daß wir in der Kohlenfrage auch im nächsten Winter noch mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, da die Anlegung von Kohlenreserven am Oberhein bis jetzt noch nicht möglich war. Trotzdem der Getreidepreis sich in den nächsten Monaten auf 1700—1800 M. für die Tonne steigern wird, glaubt das Reich ohne weitere Preisverhöhung bis zum nächsten Frühjahr auszukommen. Der Minister führte weiter aus, die Bevölkerung würde leider nicht, was sie bezüglich der Ernährung den Kommunalverbänden zu danken hätte. Mit Recht hätten diese im Frühjahr Lebensmittelreserven angelegt, denn es hätten auch andere Verhältnisse eintreten können. Der Minister glaubte, daß nach der Zusammenkunft in Spaas es in Deutschland besser werde.

In der Ansprache wurde von Vertretern der Kommunalverbände behauptet, daß bei den verflochtenen Wahlkreisen verschiedene Parteien den Wählern die frühe Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen hätten. Wenn man in der Bevölkerung die Befreiung der Kommunalverbände verlangen, dann sei die Frage aufzuwerfen, was man an ihre Stelle setzen wolle. Die Organisationen der Landwirte hätten noch keine ähnliche Instanzen geschaffen. Um die awansa-waise Erfassung von Brotgetreide und Mehl läme man auch künftig nicht herum. Weiter betonten Vertreter badischer Kommunalverbände, erst müßten die Lebensmittelpreise abgebaut werden, ehe an einen Abbau der Arbeiter und Beamten gedacht werden könne. Von Regierungs-

seite wurde noch mitgeteilt, daß auch die Frühkartoffeln von der Zwangsbeschaffung frei sind. Kritik wurde geübt, daß manchen Landwirten der erste Wille zur Ablieferung fehle und festgestellt wurde, daß die neue Erhöhung der Milchpreise keine stärkere Ablieferung der Milch gebracht habe.

Zur Not der Rentnemmpfänger.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion stellte dieser Tage den Antrag, die Regierung zu beauftragen, unter größter Beschleunigung bei der Reichsregierung eine wesentliche Erhöhung der Bezüge der Invaliden, Kranken-, Alters-, Witwen- und Waisenrentnemmpfänger zu beantragen, wobei die erhöhten Bezüge zu Lasten des Reiches gehen.

In der Begründung des Antrags weist unsere Fraktion an Hand der Ziffern auf die durchschnittlichen Rentenbeträge in Baden hin.

Es bezieht ein Empfänger von	Im Jahr		Mit Zulage im Monat bis 30. 6. 20.		Mit Zulage ab 1. 7. 20. im Monat	
	M	M	M	M	M	M
Anbaldrenten	216,—	18,—	93,—	48,—		
Krankenrenten	190,—	16,60	98,60	46,60		
Altersrenten	186,—	15,50	95,50	45,50		
Witwenrenten	84,—	7,—	17,—	22,—		
Waisenrenten	84,—	7,—	17,—	22,—		
Witwenkranrenten	84,—	7,—	17,—	22,—		
Waisenrenten	48,—	3,60	3,60	13,60		

Die Ziffern lehren, daß wohl bei keiner Bevölkerungszahl die Not eine so außerordentlich große ist, als bei dem überwiegenden Teil der reichsgesetzlichen Rentnemmpfänger. Das Leben wird diesen Menschen zur Qual. Bittere Klagen über die Reichsregierung werden täglich erhoben. Abhilfe tut rasch und dringend not.

Die badischen Eisenbahnen.

Der Verkehrs-ausschuß des Landtags hielt am letzten Donnerstag nachmittag eine Sitzung ab. Zunächst besetzte er sich mit der Frage, inwieweit der Landtag nach für Eisenbahnfragen zuständig sei, da die Eisenbahnen mit dem 1. April 1920 an das Reich übergegangen sind. Man war der Auffassung, daß es keinen großen Zweck mehr hat, den Landtag mit Fragen von Eisenbahnbauten zu beschäftigen. Eine Eingabe an das Reich wäre der von den Interessenten zu wählende richtigere Weg. Allerdings, großen Hoffnungen haben sich fünfliche Geschäftsteller nicht hingeben, ist es doch vorerst nicht möglich, die bereits durch Gesetz beschlossenen Neubauten auszuführen infolge mangelnder technischer und finanzieller Mittel. Die Angelegenheit soll in einer Sitzung am Mittwoch, 7. d. M., unter Einziehung von Regierungsbekanntem weiter besprochen werden. — Dann beschäftigte sich der Ausschuss mit verschiedenen Petitionen, zunächst mit einem Gesuch der Gemeinden Weinsheim, Unterabtheinach und Trödel um Erleichterung einer Kraftwagenlinie Weinsheim-Trödel. Der Ausschuss in seiner Gesamtheit erkennt die Berechtigung dieses Verlangens an, hält aber die Erfüllung desselben in der in dem Gesuch vorgeschlagenen Form für unmöglich. Es wird beschloffen, das Gesuch zurückzustellen bis zur nächsten Sitzung, um den Petenten die Möglichkeit zu geben, das Gesuch in dem Sinne zu ändern, daß ein gemischt-wirtschaftlicher Betrieb unter der Voraussetzung der Beteiligung des Reiches vorgeschlagen wird. — Ferner wird ein Gesuch der Gemeinde Bärenbach, die Erweiterung der Regalabahn betreffend, behandelt. Dieses Gesuch wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. — Sodann steht ein Gesuch der Inbetriebnahme einer Kraftwagenlinie Wonnbrunn-Tengen zur Beratung. Die Regierung teilt hierzu mit, daß die Linie bereits genehmigt und die Mittel bewilligt seien, daß sich aber die Inbetriebnahme verzögere infolge Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Wagen. Der Ausschuss beschließt, das Gesuch durch die Regierungserklärung für erledigt zu erachten, die Regierung aber zu ersuchen, für beschleunigte Lieferung der Wagen besorgt zu sein. — Der Ausschuss gibt noch einstimmig dem Wunsch Ausdruck, daß für Wagenlieferungen in allererster Linie badische Firmen in Betracht kommen sollen.

Die neue Grunderwerbsteuer, die demnächst den Landtag beschäftigt, wurde gestern von dem Haushaltsausschuß in ihren Grundzügen gutgeheißen und von sämtlichen Parteien gebilligt. Sie soll den Gemeinden ermöglichen, einen Zuschlag zu den Grunderwerbsteuern zu machen, die nach dem Gesetz vom 12. September 1919 der Landeskasse zufallen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gemeinden, nachdem die Steuern vermindert sind, ganz dringend neuer Einnahmen bedürfen. Berichterstatter ist Abg. Dr. Glöckner. — Sozialdemokratischerseits wurde der Finanzminister auf die Wahrnehmung der jüngsten Wochen aufmerksam gemacht, wonach bei Grundstücksverkäufen nicht der wahre Kaufpreis angegeben wird; dadurch ist natürlich Steuerhinterziehungen Tür und Tor geöffnet. Der Finanzminister sagte zu, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die Lebensmittelpreise.

Willingen, 2. Juli. Infolge der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise fand auf Wunsch der Arbeiterschaft eine gemeinsame Besprechung von Vertretern des Handels, der Arbeitgeberverbände und der Arbeiterschaft über die Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt statt. Man einigte sich dahin, allmählich in gemeinsamer Beratung die Preise für alle wichtigen Lebensmittel festzusetzen und hofft dadurch ein gegenseitiges Verstehen der Geschäftswelt und der Arbeiterschaft zu erzielen.

Waldbrunn, 2. Juli. Zu einer Lebensmitteldemonstration, an der sich nahezu 1600 Personen von hier, Höttingen und Hardheim, beteiligten, ist es angeht, der immer mehr steigenden Preise gekommen. In Gegenwart von Gemeinderat, Vertretern der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft wurden folgende Preise festgesetzt: Margarine 8 M. (bisher 12 M.) das Pfund, Kartoffeln 10 M. der Zentner (bisher 30 M.). Die Fleischversorgung wird von der Gemeinde zum Selbstkostenpreis übernommen. Die Landwirte verpflichteten sich, die Milch für 1 M. den Liter (bisher 1,50 M.) und die Eier das Stück zu 80 S. (bisher 1,50 M.) abzugeben.

Konstanz, 2. Juli. Der hiesige Bauernverein hat H. Kausl. Nachr. beschlossen, den Liter Milch ab 1. Juli zum Preise von 1,20 M. abzugeben.

Aus der Partei.

H. Gröningen, 1. Juli. Wiederum hat der Tod einen Mann hinweggerafft, dessen politisches Wirken über zwei Jahrzehnte lang mit dem Werden und Wachen der Gröninger sozialistischen Arbeiterbewegung eng verknüpft gewesen ist. Am 29. Juni ist an den Folgen einer sehr harten Krankheit Wilhelm Krieger, 62 Jahre im Alter von 49 Jahren gestorben. Das arbeitsreiche Leben eines Mannes hat geendet, das nur Arbeit und Sorgen gekannt hatte. Unermüdet hat er als Agitator und Kommunalpolitiker für die Ideale des Sozialismus gekämpft. Lange Jahre hindurch war er Gemeindevorstandesmitglied, einer der sachverständigsten und fruchtbarsten Genossen der sozialdemokratischen Fraktion. In Wilhelm Krieger verliert die sozialdemokratische Partei Gröningen einen ihrer fleißigsten Sachverwalter, dem es immer ein treues Gedächtnis bewahren wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Juli.

Die Sitzung beginnt um 1 Uhr. Der zur Beratung stehende Etat wird einstimmig abgelehnt...

Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Elbstromarbeiten wird in allen drei Lesungen angenommen.

Beratung über das Regierungsprogramm.

Abg. Müller-Franken (Zsp.) polemisiert gegen einige Ausführungen des Abg. Dr. Heim und des Abg. Schiffer. Das keine Partei nach 1 1/2-jähriger Regierungstätigkeit bei den Wahlen Verluste erleiden würde, sei von vornherein klar gewesen...

Reichsfinanzminister Dr. Wirth führt aus, daß der Etat für 1920 erst in den großen Ziffern bestimme. Der Etat werde zum erstenmal seit der Vorkriegszeit balanciert, und zwar mit 28 Milliarden. Dabei seien aber gegen 8 Milliarden Mark nicht bewilligte Steuern in Rechnung gestellt...

Das ganze Wiedergutmachungsproblem wächst dadurch von selbst zu einem Problem der Produktion aus. Welche finanzielle Transaktionen man auch erdenken mag, alle gehen schließlich wieder zurück auf die einfache Formel der Ueberschuldung der heimischen Wirtschaft an Waren oder Dienstleistungen...

Abg. Heide (L.) wünscht den bürgerlichen Parteien in ihrem Liebeswerben um die Rechtssozialisten viel Glück, aber seine Partei werde den Arbeitern klar machen, daß sie niemals schamloser auf dem politischen Gebiete angelogen worden seien als durch die Rechtssozialisten...

Der bayerische Gesandte von Breger kam auf die Bemerkungen des Reichsfinanzministers über die bayerische Gehaltsordnung zu sprechen, die höher sei als die des Reiches. Das sei zwar immer der Fall gewesen, habe aber leider noch nicht geändert werden können...

Abg. Eisenberger (Boher. Bauernbund): Wir erkennen die wahren Verdienste der alten Pensionäre gerne an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr Unrecht gehabt, wie ihr Recht in Oesterreich bemerke; allerdings dürfe sie aber nicht übertrieben werden...

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen vertonte sich das Haus auf Freitag 1 Uhr: Anträge, Fortsetzung der heutigen Debatte, Rotetel. — Schluß 1 1/2 Uhr.

Jugend und Sport.

Sommerfest der Freien Turnerschaft Hagsfeld.

Die Freie Turnerschaft Hagsfeld veranstaltet am kommenden Sonntag, 4. Juli, ein Sommerfest auf ihrem neuerrichteten Sportplatz im Hardwald. Der Verein, der bei dem kürzlich in Ettlingen stattgefundenen Gruppenturnfest an erster Stelle zu stehen kam, wird unter der althergebrachten Leitung des 1. Turnwarts G. Weber, der augenblicklich die städtische Zahl von 60 Turnern unter sich vereinigt, mit einem vorzüglichen Programm aufwarten...

Im großen ganzen ist ein gediegenes Programm aufgestellt und laden wir hiermit die berechnete Einwohnerschaft von Hagsfeld und Umgebung sowie die Brudervereine freundlichst dazu ein. Für Essen und Trinken ist gesorgt. Beginn 1 Uhr. Zum Schluß findet noch im Vereinslokal ein Tanzchen statt.

Gegen die Wohnungsnot! — Für die Sozialisierung.

Karlsruhe, 2. Juli 1920.

Die Wohnungsnot wird in Deutschland immer gewaltiger und unerträglich und birgt unendlich große sittliche und gesundheitliche Gefahren in sich. Ein Wunder mit Wundertaten dazu, das keine, damit der Wohnungsbau bereits zur Unmöglichkeit geworden ist. Diese Bauuntätigkeit ruft ein immer noch größeres Elend auf dem Wohnungsmarkt und bei den Bauarbeitern eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit hervor...

Wenn jedoch der Besuch der gestrigen Versammlung als Mahnruf zur heiligen Wohnungsnot gelten würde, so könnte man meinen, hier in Karlsruhe wäre alles am besten, denn — zur Schande aller nichtanwesenden Wohnungsuchenden und Interessenten sei es gesagt —, der Besuch war in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache ein erbärmlicher. Man scheint in diesen Kreisen der Ansicht zu sein, daß es genügt, wenn man nach echter deutscher Speiseherart über die Mißstände loszieht, aber selbst einmal mit seinen Leidensgefährten zusammen eine Versammlung zu besuchen, um zu hören, welche Wege gegangen werden müssen, um eine Besserung zu erzielen, das hält man nicht für notwendig.

Die Referate hatten die Genossen Stadts. Riefer und Stadts. Philipp übernommen. Der Leiter der Versammlung, Gen. Hochhausermeister Thomas, bedauerte den schlechten Besuch und erteilte jedoch dem ersten Redner, Stadts. Riefer, das Wort, der etwa ausführt:

Wir alle wissen, daß die Wohnungsnot eine außerordentlich große ist. Hier in Karlsruhe gibt es Wohnungen, die keinen Anspruch auf den Namen haben, sie sind oft schlimmer wie ein Kerker. Die Hauptursache der Wohnungsnot liegt in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, wo Grund und Boden Handelsware geworden sind, während der früher Gemeingut war. Im Jahre 1880 kostete in Berlin ein Quadratmeter Boden 40 M., heute 2000 M. So steht es auch in anderen Städten. Der gleiche Fehler ist bei den Häusern zu konstatieren, so wurden beim Verkauf des „Erbringers“ hier 200 000 M. verbrent. Diese Gewinne über natürlich eine große Wirkung auf die Miete aus. Die privatkapitalistische Politik hat dazu geführt, daß in den Städten die ungeunden Mietskolonnen erstarkt wurden. Während auf der einen Seite überfüllte, gesundheitsgefährliche Wohnungen vorhanden sind, sehen wir andererseits „bessere“ Kreise in großen Wohnungen leben. Die Regierung hat ein Gesetz der Zwangsvermietung erlassen, aber das Bezirksamt läuft dagegen Sturm. Erst nachdem die Platze zur heutigen Versammlung angeklagt waren, hat das Bezirksamt wieder nach dem Stand der Zwangsvermietung gesandt. Durch den Krieg wurden die Wohnungsverhältnisse durch verschiedene Ursachen zur Unkenntlichkeit. Hier in Karlsruhe sind es 4500 Wohnungsuchende, im März waren es 325 dringende Fälle. Das Wohnungsamt klärt die Bevölkerung viel zu wenig auf. Wie man hört, soll es bei der Verteilung der sehr dringenden Fälle nicht immer gerecht zugehen.

Ein überaus großer Mangel wird bei den Mißbräuchen zu mern getrieben, wodurch so viele Mieter die Mietpreissteigerungen auf den Untermieter abwälzen. Ein Zusammenbruch der Mieter ist unbedingt notwendig, um Besserung zu erzielen. Einerseits ist große Arbeitslosigkeit zu konstatieren, während auf der anderen Seite keine Wohnungen da sind. Eine rücksichtslose Zwangsvermietung unter Witwierung der Mieter ist notwendig. Ereignisse die Behörden insgesamt nicht durchgreifende Maßnahmen, so lehnen wir die Folgen davon ab.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Sodann ergriff der zweite Referent, Stadts. Philipp, das Wort, der besonders die Mittel und Wege behandelte, die zu einer Besserung führen sollen. Es ist wohl viel gesprochen zur Beseitigung der Wohnungsnot, aber doch nicht genug. Die Herstellung von großen Wohnungen zu kleinen bedeutet nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Nur der Bau von neuen Wohnungen kann helfen, wogegen verschiedene Gründe sich stemmen, so Baustoffnot, Baukostensteigerung und Geldknappheit. Die Gleichgültigkeit vieler Wohnungsuchender, wie sie sich im Besuch der heutigen Versammlung zeigt, ist zur Beseitigung der Wohnungsnot nicht angetan. Wo sind denn die 4500 Wohnungsuchenden heute abend?

Zur Beseitigung der Wohnungsnot ist Voraussetzung, daß die Mittel zum Wohnungsbau vorhanden sind. Die Regierungen haben darin einen Fehler gemacht, daß sie die Baukostenzuschüsse ohne weitere Vorkehrungen bewilligt haben. Besser wäre es gewesen, man hätte den Baustoff-Fabriken Kohlen geliefert. Ein weiterer Fehler war, daß man den Abbruch vieler Biegeleien gebudet hat. Die Zement- und Kalkindustrie hätten sozialisiert werden müssen, sie waren reif dazu.

Redner gab sodann ein anschauliches Bild über die ungläublich wuchernde Preissteigerung der Baustoffe. Die angeblich hohen Löhne der Bauarbeiter tragen nicht die Schuld an dem teuren Bauen, was der Referent an trefflichen Beispielen bemerkt. Jetzt sind 32 % Arbeitslöhne und 65 % Materialkosten und Unternehmergewinn beim Bauen zu konstatieren. So kann es nicht weitergehen. Jetzt heißt es: Regierung hilf oder wir helfen und selbst, was natürlich nicht bedeutet, daß man in den Wolken herumtaufen soll. Die Mieter müssen selbst zur Besserung mitwirken, denn durch die erbärmliche Gleichgültigkeit derselben tragen sie einen großen Teil der Schuld.

Die Unmöglichkeiten des Wohnungsbau liegen in der Hauptsache auf privatkapitalistischer Grundlage. Die Kapitalisten wollen keine Verluste, sondern nur Profit haben, darum bauen sie nicht. Es ist deshalb Pflicht der Allgemeinheit, die Baukostenzuschüsse aufzubringen. Die Baustoffproduzenten haben Bücher mit ihren Rezeripten getrieben

und damit die Regierungshilfe illusorisch gemacht. (Zuruf: Wodenn? Unter allgemeinem Beifall wird der Zurufer vom Referenten abgefertigt.) Es ist deshalb die Sozialisierung der Baustoff-Fabrikation erforderlich. Es müssen so viel Mittel aufgebracht werden, um Wohnungen erbauen zu können. Die Vergesellschaftung des Wohnungsbauwesens ist dabei unbedingt notwendig, wie sie Dr. Kampffmeyer in seinem bekannten Entwurf fordert. (Beifall.) Ebenfalls sollte das ganze Bauwesen sozialisiert werden, denn die Profitgier der Unternehmer kennt oft keine Grenzen. Durch die Gründung der Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ in Forzheim hat die dortige Stadtgemeinde Hunderttausende von Mark erspart. Weil diese Produktionsgenossenschaften billiger arbeiten können, wurde auch in Karlsruhe eine solche gegründet, wogegen Unternehmer mit schätzbaren Mitteln arbeiten. Die Bauarbeiter haben es fast, für den Unternehmergewinn zu arbeiten. Das ganze Bauwesen muß in die Hände der Gesellschaft gelegt werden, woran alle Steuerzahler das größte Interesse haben. Werden die Bauarbeiter in ihrem Bestreben mit ihrer Genossenschaft unterstützt, so wird das Bauen billiger werden. Das Volk hat es satt, sich von den Wucherern ausbeuten zu lassen. Die Forderungen des Referenten, der ebenfalls wie der erste allgemeine Zustimmung erzielte, wurden in einer Resolution wie folgt niedergelegt:

- 1. Rüksichtstose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der rühnungslosen Mieter.
2. Einstellung einer weiteren Mißsuche Mark in den neuer Etat des Reiches zur Bewehrung weiterer Baukostenzuschüsse und zur schleunigen Förderung des Mietwohnungsbaus.
3. Steigerung der Baustoffherzeugung durch ausreichende Belieferung der Baustoffbetriebe mit Kohlen.
4. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruchs von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnahmeregels an Baustoffen aller Art.
5. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeitergenossenschaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
6. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungsbauwesens durch Ueberführung des Besitzrechts der Mietsbauer in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
7. Ueberführung des Besitzrechts am Boden in die öffentliche Hand. Belastung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaus zur Bedienung unserer Lebensmittelezeugung.
8. Zeitfristige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsvereine mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
9. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Landkolonien und sonstigen Kleingärten für landlose Wohnungen.
Indem die Versammlung diese Forderungen erhebt, macht sie die Regierung und Parlamente des Reiches und der Länder sowie die Verwaltungen der Gemeinden verantwortlich für alle Folgen, die aus der Nichterfüllung dieser Forderungen entstehen werden.

In der Diskussion wurden schredliche Bilder des Wohnungselds und der Wohnungsnot entrollt und durchweg durchgreifende Maßnahmen gefordert, insbesondere die Sozialisierung des Wohnungsbauwesens. Auch am Wohnungsbau wurde scharfe Kritik geübt.

Die Resolution wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Ein Antrag, anstatt einer Milliarde Baukostenzuschuß 5 Milliarden zu fordern, wurde abgelehnt, nachdem Karl Philipp sich dagegen ausgesprochen. Nach einem kurzen Appell an alle Bauarbeiter, Techniker und Mieter, die Fortsetzungen der Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“ zu unterstützen, schloß Gen. Philipp die interessante Versammlung gegen 11 Uhr.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Juli.

Der Möbeltransportarbeiterstreik beendet.

Durch Vermittlung des Landeskommissars v. Willeben fanden gestern nachmittag Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber statt. Im Laufe derselben wurde eine Einigung erzielt, so daß bei den kleinen Unternehmern die Arbeit heute und bei den großen infolge technischer Gründe am Montag aufgenommen wird.

Zum Schahverkauf des A. D. G.

wird uns von Karlsruher Gewerkschaftsvertretern geschrieben: In den hiesigen Tageszeitungen erließ gestern die Landeszentrale des badischen Einzelhandels eine Erklärung, in welcher der gemeinnützige Verkauf von Schuhwaren durch den Ortsausschuß Karlsruhe des A. D. G. einer abfälligen Kritik unterzogen wird. Es werden darin Behauptungen aufgestellt, die direkt der Wahrheit widersprechen. Wenn z. B. die Landeszentrale dafür den Beweis erbringen müßte, daß, wie es in der Erklärung heißt, „Stiefel à 120 M. verkauft werden, fast ganz aus Pappe“, so würde es ihr wohl sicher nicht schwerfallen, dies zu beweisen. Doch das nur nebenbei. Alle diejenigen, die Schuhe und Stiefel besaßen haben, werden sich überzeugt haben, daß die Qualität der Schuhe nicht hinter denjenigen zurücksteht, die in letzten Jahren in den hiesigen Geschäften für wesentlich teureres Geld angeboten wurde, diese wiederum übertrieben. Unrichtig ist auch, daß der Referent der Waren diesen „gemeinnützigen Verkauf“ unternimmt und sich als Hintermann nur des Kartells bedient, um „Hunderttausende zu verbrennen“. Der Referent hat natürlich als Geschäftsmann keine Veranlassung, „gemeinnützige Verkäufe“ zu veranstalten, aber er hat dem Gewerkschaftskartell ein Angebot gemacht, mit dem man in die Preispolitik des Schuhhandels eine Bresche schlagen konnte. Und Tatsache ist ja, daß der Schuhhandel, der bis zur Gründung des Schuhverkaufs des Kartells noch exorbitante Preise verlangte, die mit dem heutigen Lederkurs in keinem Verhältnis stehen, jetzt seine Preise endlich herabsetzte. In anderen Städten liegen die Verhältnisse ebenso, so daß auch dort das Gewerkschaftskartell einzuführen müßte bzw. muß und durch einen eigenen Schuhverkauf den Preisabbau herbeiführen. In Forzheim z. B. besteht der Verkauf durch die Gewerkschaften ebenfalls seit einigen Tagen und das merkwürdige dabei ist, daß dort die Schuhhändler an das Gewerkschaftskartell herangetreten sind mit dem Anerbieten, die gesamten abgeschlossenen Vorräte zu übernehmen, wenn das Kartell den Verkauf unterläßt. Das Anerbieten wurde natürlich abgelehnt. Aus Würzburg und München waren Vertreter der dortigen Kartelle hier, um sich über die Methode des hiesigen Verkaufs zu informieren und die erklärten, daß nichts anderes übrig bleibt, als wie auch in diesen Städten gemeinnützige Verkäufe einzurichten, da dort heute noch Schuhpreise in Höhe von 300 und 400 M. verlangt werden, die das Volk nicht mehr bezahlen kann. Die Preise werden dort aber ebenso fallen, wie in Karlsruhe und Forzheim.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß das Gewerkschaftskartell Karlsruhe selbstredend keinen Ueberfluß aus dem Schuhverkauf herauszuschlagen will. Es verkauft zum Selbstkostenpreis unter Aufschlag der Spesen und verdient keinen Penny daran. Es will mit dem Verkauf nur begreifen, daß die Schuhpreise herunter mit und das ist im Interesse des arbeitenden Volkes auch erreicht worden.

Vertical text on the right edge of the page, including page number and other marginal notes.

Gesangverein Liebertal K.-Grünwinkel. Wir weisen auch an dieser Stelle noch einmal auf das am Sonntag, 4. Juli, nachm. 4 Uhr, im großen Saale des „Kühlen Krug“ stattfindende Konzert hin. Das in Mannheim bestbekannte und beliebte Liederkreis-Quartett wird dabei zum ersten Male in Karlsruhe aufzutreten und eigene Kompositionen des Leiters zum Vortrag bringen. Man darf mit Spannung diesem Auftreten entgegensehen. Auch der Solist Herr Walter Lange (Violine) und nicht zuletzt der Männerchor werden bestrebt sein, den Zuhörern einen angenehmen und genussreichen Nachmittag zu bereiten. (Näheres siehe Inserat.)

Wasserstand des Rheins.

Die Rheinfahrt heute in der Schweiz etwa 14.50 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 13.46 M per holl. Guld; Belgien etwa 6.87 M per belg. Fr.; England etwa 150 M per Pfd.; Frankreich etwa 8.12 M per frz. Fr.; Neuhavre etwa 88 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 2. Juli 1920.

Der von Frankreich nach Deutschland verlagerte hohe Druck führte zur völligen Auflockerung, wobei auch gestern wieder Temperaturen von 26 Gr. in der Ebene erreicht wurden. Auch heute früh hält das heitere Wetter noch an. Ein vom atlantischen Ozean nach den britischen Inseln vorgebrungener Luftwirbel bringt seinen Wirkungsbereich weiter aus, er wird durch Tiefdruckausläufer auch bei uns eine Wetteränderung einleiten. Voraussichtliche Witterung bis Samstag, den 3. Juli nachts: Zunächst sehr warm, noch heute Trübung und Gewitter, morgen meist wolfig, Regenfälle, härtere Abkühlung.

Wasserstand des Rheins.

Schiffersheim 300, gest. 50; Neß 360, gest. 27; Mayau 508, gest. 10; Mannheim 407, gest. 7 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheausgaben. Ernst Ebermann von Rath, Eisen-Güterhändler, in Dittrop mit Erna Scherer von Konstanz, Albert Grath von hier, Schreiner hier, mit Paulina Karle von Hfz. Friedrich Weidert von hier, Masch.-Schlosser hier, mit Karoline Hof von Weingarten. Hermann Weidert von hier, Kaufmann hier, mit Emilie Stöhrmann von hier. Max Zahn von hier, Eisen-dreher hier, mit Elsa Schnabel von hier. Friedrich Schenkel von hier, Kaufmann hier, mit Luise Schattmann von hier. Hermann Gläser von hier, Kaufm. hier, mit Hedwig Fischer Witwe von hier. Carl Eisele von Achem, Glasmacher hier, mit Barbara Michel von Friedenhausen.

Geburten. Hans Frick, B. Frick, Binge, Metallschlosser. Erich Anton Wilt, B. Wilhelm Kirchner, Blechschmied, Karl Heinz, B. Karl Eugen Schmidt, Kaufm. Martha Elisabeth, B. Erwin Geberling, Verf.-Oberinspektor. Selma, B. Frick, Buchh. Sattlermeister. Eleonore Luise Johanna, B. Jos. Metzner, Buchbinder. Wolf Edgar, B. Emil Steidler, Kellner. Elisabeth Anna, B. Wilt, Flugzeug. Rangierer. Emma Elisabeth, B. Emil Huber, Schlosser. Paula Anna, B. Karl Alse, Monteur. Rosa, B. Samuel Salzmann, Schuhmacher.

Todesfälle. Wilt, Frieder, Schlosser, Chemann, alt 49 Jahre. Aug. Späth, Mag.-Arch., Chemann, alt 48 Jahre. Albert, alt 4 Monate 26 Tage, B. Albert Schweiger, Delektor.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., Rühlburg. Melden Sie sich beim Kartoffelamt, Sie erhalten dort, wie wir in Erfahrung gebracht haben, ebenfalls solche Kartoffeln.
H. Müller. Sprechen Sie bei uns einmal vor.
Weingarten. Die Notiz zum erst gestern nachmittags in unsere Hände, konnte also in der gestrigen Ausgabe nicht mehr gebracht werden.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, politische Uebersicht und letzte Nachrichten Hermann Kadel; für badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Revue Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Bewegung, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Eisenarbeiterverband) Samstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im „Großherzog Friedrich“, 2816
Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltung Karlsruhe. Wiesner und Installateur! Am Montag den 5. 7. 20, abends 5 Uhr, Monatsversammlung im Lokal „Cambrinus“. — Am Sonntag den 4. 7. 20 Ausflug nach Baden-Baden, Wanderung nach dem Naturfreundehaus. Proviant ist mitzunehmen. Abfahrt 5 Uhr früh Hauptbahnhof. 4300
Karlsruhe. Naturfreunde. Heute abend um 1/8 1/2 Uhr Monatsversammlung im Schrempf, Saal 3. Sonntag: Wanderung lt. Programm. 4316
Karlsruhe. (Arbeiter-Nachfahrer-Verein Solidarität) Die am 3. ds. Mts. fällige Mitglieder-Versammlung findet umständehalber erst am Samstag, 10. Juli, im Vereinslokal statt.
Durlach. (Naturfreunde) Am Freitag, den 2. Juli 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal zum „Gold. Löwen“. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung (Bericht vom Goutag in Lehr) wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten. Vor allem ist es Pflicht des Gesamtschiffes zu erscheinen. 4311 Der Obmann.
Bruchsal. (Sozialdem. Verein.) Samstag den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Parteiversammlung. Vortrag des Landtagsabgeordneten Weichmann über „Ein neuer Reichstag und neue Aufgaben für die Sozialdemokratie“. 4301

Rabatt - Spar - Verein Karlsruhe.
Fey Wwe. Georg, Lebensmittel, Georg-Friedrichstr. 2
Fey Leopold, Durlacherstr. 26
Holzschub, M., Drogen, Luisenstr. 8
Holtzschub, Karl, Weisswaren, Werderplatz 48
Noe, Karl, Feinkost u. Papierwaren, Karlstr. 28
v. Thiel, Ludwig, Lebensmittel, Yorkstr. 44 4295
sind als Mitglieder neu aufgenommen und verabfolgen Sparmarken.

F. C. Frankonia Karlsruhe e.V.
Sportpl. Durlach, Allee
Straßenbahn-Halte-
stelle am Schlachthof.
Lokal und Geschäfts-
stelle im Schlachthof.
Telefon 3837.
Samstag mittags
6 Uhr
auf unserem Platze
F. V. Grünwinkel I.
gegen
Frankonia I.
zu Gunsten der In-
teressen-Gemeinschaft
der A-, B- u. C-Vereine.
Der freie Eintritt für
unsere Mitglieder ist
aufgehoben.
Abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im Lokal.
Sonntag nachmittags
F. C. Pforz 1., 2. u. 3.
gegen
Frankonia 2., 3. u. 4.
Beginn: 1/2, 2 bzw.
1 Uhr.
A. H. vormitt. 10 Uhr
auf dem Mühlburger
Platz.
Juniorenmannschaft
in Weingarten.
Abends gemütliches
Zusammensein im
Lokal. 4298

Bruchsaler Anzeigen.

Städtischer Verkauf.
In der Bekanntmachung vom 1. Juli ds. Js. muß der Preis bei Butter statt 1.60 M für je 50 Gramm lauten: 1.80 M.
Die Abgabe der Zuckermarken an die Firmen G. M. Geig und Deu u. Jiegler hat, um die Zuckerausgabe noch im Laufe der kommenden Woche zu ermöglichen, bis spätestens Mittwoch, den 7. Juli ds. Js. zu erfolgen. 1890
Bruchsal, den 2. Juli 1920.
Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt.

Karten-Ausgabe
Am Samstag, den 3. Juli 1920, von 8—12 Uhr vormittags an die Buchhalter V bis einschließlich Z.
Nachmittags findet keine Kartenausgabe statt.
Am Montag, den 5. Juli 1920, Kartenausgabe an diejenigen Versicherungsberechtigten, die versäumt haben, ihre Karten rechtzeitig abzuholen.
Bruchsal, den 2. Juli 1920. 1879
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabestelle.

Diastatter Anzeigen.

Lebensmittel-Verteilung
für die Zeit vom 2. bis 8. Juli 1920.
I.
1. Butter: Heute mittags bei Fr. Walter für die Nr. 601—1750 gegen Abgabe der alten Lebensmittelkarte Nr. I.
2. Margarine: Heute mittags im freien Verkehr das Pfund zu 10.50 M bei den drei Verkaufsstellen.
3. Fleisch: Frisches Fleisch 200 Gr. zu 4.80 M.
4. Zucker: Montag, den 5. Juli, Kaffee 700 Gr. zu 1.85 M gegen Nr. IV der Lebensmittelkarte (alten Lebensmittelkarten).
5. Schweinefleisch: Dienstag, den 6. d. M., bei sämtlichen Metzgern an ihre Kunden — Kaffee 1/2 Pfund zu 12.60 M gegen Nr. 12 der neuen Lebensmittelkarte.
Der heißen Jahreszeit und der Zurücksendung der Fässer wegen müssen wir dieses Fett auf Vorrat ausgeben. Wir eruchen deshalb die Bevölkerung solches als Reserve für später aufzubewahren, da die allwöchentliche Ausgabe von 50 beginn. 100 Gr. hierdurch keine Unterbrechung erleidet. Schweinefleisch, das bis Samstag, den 10. ds. Mts. nicht abgeholt ist, darf frei verkauft werden.
7. Süßfrüchte, Erdbeeren, Kaffeebohnen und Kaffeebohnenmehl werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den bekannten Preisen weiter verkauft.
8. Mehl: Grundausgabemehl gegen Brotzettel (1 Pfund 1 Streifen) Kaffee 1 Pfund. Preis 2.— M der Kaffee. Brotartenausweise Nr. 1—2500 bei Fr. Walter; Brotartenausweise Nr. 2501—Schluß bei Ph. Klum.
9. Fruchtlast: In den beiden hiesigen Apotheken und in den Drogerien Richard Oster und Josef Weinbuch ist Fruchtlast zum Preise von 3.75 M per Pfund erhältlich.
II.
Preis für die Ablieferung der Brotzettel 15. Juli.
III.
Die Verkaufsstellen erhalten den Zucker am Samstag, den 3. ds. Mts., auf unserem Lager, Industriestraße von 8—12 Uhr vormittags. Cadmaterial ist mitzubringen. Diejenigen Verkaufsstellen, die mit ihrer Sendung noch im Rückstande sind, werden von der Zuteilung ausgeschlossen.
IV.
Die Ausgabe der Fleischkarten erfolgt am Mittwoch, den 7. ds. Mts., vorm. von 1/2 bis 12 Uhr, Buchstaben A bis einschließlich J, nachmittags 1/2—1/2 Uhr Buchstaben G bis einschließlich J, Donnerstag, den 8. ds. Mts., vorm. 1/2—12 Uhr Buchstaben B bis einsch. J, nachm. 1/2—1/2 Uhr Buchstaben D bis einsch. J, Freitag, den 9. ds. Mts., nur vormittags von 1/2—12 Uhr Buchstaben U bis mit B. Zur Empfangnahme der Karten ist der Brotzettel

und die mit einer Nr. versehene Stammtafel der z. Bt. noch gültigen Fleischkarte vorzulegen.
Bezugscheine werden am Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 5—1/2 Uhr im Zimmer 15 erteilt. Hierbei sind die in der Zeit vom 7. 6. bis 27. 6. gesammelten Fleischmarken gesondert nach Wochen abgezählt abzugeben.
Die neuen Holzpreise betragen mit sofortiger Wirkung:
Für Hartbrennholz 75.— M pro Ster,
forlenes Brennholz 70.— M pro Ster,
tannes Brennholz 68.— M pro Ster.
VI.
Im Gaswerk wird ab Montag den 5. d. Mts. B und Holz und Schartenholz abgegeben. Das Bündelholz 1 Mtr. lang kostet 3.50 M pro Bündel, das Schwarzenholz 1 Mtr. lang kostet 11.— M pro Zentner.
Solche Haushaltungen, die bereits Stellen erhalten haben, sind vom Bezug dieses Holzes ausgeschlossen.
Die Bezugsscheine sind auf dem neuen Bude des Gaswerks gegen Zahlung in Empfang zu nehmen.
VII.
Gierablieferung betreffend. Die sämtlichen Gierhalter werden nochmals an ihre Ablieferungsstelle bis spätestens 20. Juli ds. Js. ernstlich erinnert. Bei deren Nichterfüllung erfolgt die bereits ausgesprochene Zwangsablieferung. A statt, den 2. Juli 1920. 1887
Kommunalverband Diastatt-Stadt.

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

Kondensierte Vollmilch . . Dose 800
gezuokerte
Feinster gebrannter Kaffee Pfd. 230 an
Haferslocken 350
La Qualität Pfd. 350
Reis-Puder Pfd. 1.75
200 g-Paket 2.00
Mais-Puder 200 g-Paket 2.00
Hafermehl Pfand
Linsemehl 2.50
Erbsenmehl 2.50
Tapioka . Pfd. 4.00
Große Rollmöpfe . . . Pfd. 2.50
Bismarckheringe
Stück 95
Große Salzheringe
Stück 95

la Ochsenmaulsalat 1/4 Pfd. 1.50
in Dosen ca. 12 Pfd. Inh. Mk. 65.00
Fleisch-Sülze i. Dos. 400 g-Dose 6.50
Prima Apfelmus zuckergesüß 1/2 Kilo-Dose 2.90
1/2 Kilo-Dose 5.50
Fleischbrüh-Würfel 10 Stück 40 Pfg.
Sardellen-Leberwurst in Dosen Dose 7.00
Birnen, zuckergesüß 1/2 Kilo-Dos 7.75, 8.75
Obst-Marmelade Pfand 1.80
Schokolade 250 g-Tafel 12.50
Echtes Kirschwasser
Kognak - Zwetschgenwasser
Liköre und Südwine

Her-mann Tietz

Dankklagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen erwiesen wurden, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. Besonderen Dank dem Deutschen Krankenträgerverein, sowie der Geschäftsleitung des Volksfreunds, ebenso allen denjenigen, die durch reiche Kranz- und Blumenpenden dem Bestdienten die letzte Ehre erwiesen. Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Marie Kempf Wwe. nebst Kindern.

K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX - ALMANIA
Sportplatz Fasanengarten.
Sonntag, den 4. Juli nachm. 2 1/2 Uhr
Leichtathlet. Wettkämpfe
u. n.: Damen, Altern- und Jugend-wettkämpfe.
Samstag abend 6 Uhr:
5 Kampf für Schüler u. 3 Kampf f. Damen.
Sonntag Vormittag 9 Uhr
Vorkämpfe.
Nachmittags:
Entscheidungskämpfe.
Eintrittspreise:
Sitzplatz 3 M., 1. Platz 2 M., 2. Platz 1 M.
Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr:
Beginn des Vereins-kampfes zwischen K.F.V. u. Phönix.
Samstag, den 10. Juli, Ordentliche Hauptversammlung.
Karlsruher Fußball-Verein.
e. V. 4304
Schirmherr: Prinz Max v. Baden.
Geschäftsstelle: Zirkel 29, Tel. 1198.
Sonntag, 4. Juli:
II. Mannschaft Pokalspiel in Graben Treffpunkt 11.30 Hauptbahnhof.
2. Mannschaft in Ettlingen. (Bekanntgabe der Abfahrt durch die Spielführer.)
A.H.-Mannschaft in Gaggenau. Abfahrt 12.30 Hauptbahnhof.
Leichtathletik- und Damenabteilung Teilnahme an den Wettkämpfen des F.C. Phönix im Fasanengarten.

F. C. Mühlburg e. V. 4093
Eigener Sportplatz an der Nonnenstraße.
Jeden Mittwoch abend 8 Uhr Stammtisch bei der Herren in der Westenhalle. Jeden Abend Leichtathletik-Training.
Samstag, den 5. Juli 2. Schüler-Mannschaft in Durlach.
Abends 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“ außerordentliche General-Versammlung. Rollstuhlfahrer-Gesellschaft. Mitglieder bringen erfordentlich, da sehr wichtige Tagesordnung.
Sonntag, den 4. Juli auf dem Plage: 1. Schülermannschaft gegen Forstheim. 4305 Beginn 1/2 Uhr. 2. Mannschaft gegen Frankonia u. S. Spielbeginn 10 Uhr.

Durlacher Anzeigen.
Kohlen-Ausgabe.
Die bei Joh. Krauß Wm. eingetragenen Kunden von Nr. 1 bis 600 können am Freitag den 2. Juli 2 Zentner Braunkohlenbritz zum Preise von 16.70 M je Zentner von nachmittags 1 Uhr ab Lager Pfingst. erhalten. 1882 Zufuhr des Haas 0.80 M, frei Keller 1.80 M je Ztr. mehr.
Durlach, den 1. Juli 1920. Ortstohlenstelle.

Badisches Landestheater.
Freitag, den 2. Juli 1920.
Die Mondscheindame
Operette in 3 Akten von Alfred Lorenz.
Anfang 7 Uhr. Mk. 12.00 Ende 10 Uhr.

Volksbühne — Konzerthaus.
Heute Freitag 6 1/2 Uhr.
In der Vorstellung: Ein schwarzes Kleid, eine mod. Gaslampe, ein Touristenanzug, zwei Rindfleischhälften, alles bereits neu, wird billig abgegeben. Singschüler, Kapellenstraße 42, S. IV. 4299

Hören Sie
den Vortrag von der Vereinigung kranker Volksfreunde im Saale der Wagner-Biegler Sonntag, den 4. Juli, abends 8 Uhr.
Eintritt frei!
Sehen Sie die Anschlagtafel!
Neue und getragene **Sacco-Anzüge**
Smoking, Frack- u. Hochzeitsanzüge, ein. Hosen, Zoppen, Westen u. Wattermäntel, Mäntel, Röcke, Anzughosen, Trikothosen, Unterhosen, D- und S-Ärmel, Kniehosen, Halb-schuhe von 20—60 Mtr., weiche Hüte, Chlinderhüte, u. sonst. äußerst billig abgegeben. Offenbachstraße 32, II. Hgstrab.

Wäsche
aller Art auch Wäsche wird zum Waschen und Bügeln angenommen. Offenbachstraße 31, 3. Stof.

Abgegebene Blatten
Für 2 alte oder zerbrochene Blatten bekommen Sie eine gute schon angegebene Blatte ohne jede Abzahlung im **Deon-Werkstätten** Karlsruhe. Kaiserstr. 17a. Tel. 392.

Kinderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

Wunderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

Wunderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

Wunderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

Wunderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

Wunderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

Wunderwagen Klappwagen
von ganz niedriger Preislage an.
Otto Weber
Kinderwagen- u. Korbwarenhaus Schützenstr. 20.

An die Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung.

Wer nicht sachlich entgegen kann, wird persönlich!

4807

Auf persönliche Anrempelungen lassen wir uns nicht ein. Wir überlassen es dem Publikum zu entscheiden, ob:

1. unsere Waren aus Leder oder aus Pappdeckel bestehen,
2. unsere Preise oder die der sogenannten reellen Schuhhändler niedriger sind,
3. ob wir oder die Schuhhändler den Preissturz herbeigeführt haben.

Wir offerieren:

Gute starke Arbeits-Stiefel für Mk. 125.—
 Frauen-Werktagsschuhe für Mk. 65.—
 Herren-Sonntagsstiefel in farbig und schwarz
 in allen Lederarten für Mk. 160.—

Damen-Stiefel in schwarz und farbig,
 in allen Lederarten von Mk. 120.— bis 160.—
 Schwarze Damen-Halbschuhe in allen Lederarten Mk. 95.—
 Farbige Damen-Halbschuhe für Mk. 115.—
 Kinder-Stiefel zu den billigsten Preisen.

Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Stadtgarten

Bei schönem Wetter.
Freitag, den 2. Juli, abends von 8-10 Uhr
Großes

Sonder-Konzert

Deutsche Meister
 (Mozart, Beethoven, Weber, Mendelssohn, Wagner)
 ausgeführt von dem Musikverein „Harmonie“
 Leitung: Herr Hugo Rudolph.
 Inhaber von Stadtgarten:
 Jahreskarten 1.15 Mk.
 Sonstige Personen 2.15 Mk.
 Kinder unter 10 Jahren jeweils die Hälfte.
 Auch beim Besuch des südlichen Teils des Stadt-
 gartens (Ziergarten) wird der Musikzuschlag
 erhoben. 1880
 Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Zutritt.
 Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.

Gesang-Verein Liedertafel 1834 Karlsruhe-Grünwinkel.

Am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 4 Uhr
KONZERT

im großen Saale des „Kühlen Krug“.
 Mitwirkende: 4297
Männerchor
 Landhäuser-Quartett Mannheim
 Herr Walter Lange (Violin).
 Anschließend

BALL.

Verreist!
Zahnärztin Hanna Schiff
 Ettlingerstraße 15. 4279

Der altbekannte
Circus Pierre Althoff
 Mehlsplatz in Karlsruhe.
 Samstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr
Eröffnungs-Gala-Vorstellung
 mit großstädtischem Programm.
 In den Hauptnummern:
 Frau Direktor Althoff mit ihren einzig
 dastehenden Freiheits-Dressuren.
 Preise der Plätze:
 Loge 8.— Mk., Oberste 7.—, Stubliß 6.—,
 1. Platz 4.50, 2. Platz 3.50, Gallerie 2.—.
 Billettkener extra. 1884
 Vorverkauf an der Circuskasse von 10-12 1/2 Uhr
 und von 4 Uhr an. Außerdem Zigarrenhaus
 Pfeiffer, Karlsruhe, Kaiserstraße 74.
 Probe und Stallbesichtigung von 9 1/2-1 Uhr.
 Zentz, der lebende Menschenkopf im Wasser.

Verein Karlsruher Aerzte e.V.

Der vertragslose Zustand zwischen den Krankenkassen
 und den Aerzten kann entgegen den Zeitungsmeldungen am 1. Juli
nicht
 aufgehoben werden, weil die von der Aerztlichen Landeszentrale
 für Baden mit der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen
 getroffenen Abmachungen in der Sitzung der Krankenkassenverbände
 vom 30. Juni nicht als Bestandteile des künftigen Vertrages an-
 erkannt wurden. 1881
 Karlsruhe, den 30. Juni 1920.

Maul- und Klauenseuche betr.
 In der Gemeinde Anielingen ist die Maul-
 und Klauenseuche erneut ausgebrochen. Sperr-
 bezirk sind die verzeichneten Gehöfte. Beobach-
 tungsgebiet ist die Gemeinde Anielingen ein-
 schließlich der Gemarkung Morau. 1888
 Karlsruhe, den 29. Juni 1920. O. B. 213
 Bezirksamt.

Bekanntmachung über Notstandsware.

Bei den Firmen:
 R. Breitbarth,
 J. Gahn,
 Joh. Dertenstein,
 L. Wolf, Hansa-Konfektionshaus,
 Nees u. Löwe,
 Draßlein u. Schwarz,
 Richard Bahr,
 Jacob Schaefer,
 Spiegel u. Wels,
 Leonhard Gress,
 Justus Löwe,
 Anna Güns, Beiertheim,
 August Kutterer, Darglanden,
 Robert Schneider, Rintheim,
 Gottlob Holz, Grünwinkel
 liegen Drillischaden und Drillischolen zum Ver-
 kauf zu je 20,25 M auf. Die Ware ist
 ausschließlich für Kinderbewohnte der Ein-
 fommensgruppe A bestimmt, und darf nur
 gegen Bezugsberechtigung abgegeben werden,
 welche auf Antrag in der Prüfungsstelle des
 Fürsorgeamtes - Neue städt. Ausstellungshalle
 - ausgestellt werden. 1888
 Karlsruhe, den 1. Juli 1920.
 Städtische Bekleidungsstelle.

Zahle! **Feinmechaniker**
 gesucht, der eigenes Werk-
 zeug u. s. w. besitzt und in
 seiner freien Zeit fein-
 mechanische Arbeiten aus-
 führen kann. Offerten
 unter Nr. 4306 an das
 Volksfreundbüro erbeten.

Das städt. Rheinbad
Maxau
 ist 1708
geöffnet.

Frische Veith-Pneumatik eingetroffen.

Decke Mark . . 100.—
 Schlauch Mark . 30.—

Witzemann, Mühlburg Rheinstrasse 34 a. 4285

Fleisch-Verteilung.

In der laufenden Woche vom 28. Juni bis 4.
 Juli werden verteilt:
 150 Gramm frisches Fleisch mit Knochen
 oder
 150 Gramm Gefrierfleisch ohne Knochen
 gegen 10/10 Fleischmarken
 zum Preise von 12.— M das Pfund.
 Karlsruhe, den 1. Juli 1920. 1885
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Freitag, den
 2. Juli, bis Montag, den 6. Juli 1920,
 in den Zeitvertausstellen Nr. 11 bis einschließlich
 20 an die dort eingetragene Kundenschaft gegen die
 Warenmarke K 141. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis
 Mk. 3.50 für das Pfund.
 Karlsruhe, den 1. Juli 1920. 1886
 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.
 Städt. Milchamt

Städt. Fischhalle
 hinter dem Bierordbad.
 Von Freitag ab täglich
Großer Massenverkauf
„lebendfrischer See-Fische“
 zu bekannt billigsten Preisen.
 Verkaufszeit von 8-12 Uhr vorm. u. 2-6 Uhr nachm.
 Günstigen Wünschen entsprechend haben wir in
 der Fischhalle
Goethestraße 35
 eine weitere Verkaufsstelle errichtet. Die Verkaufs-
 preise sind die gleichen wie in der Städt. Fischhalle.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Elektromonteur.

Sonntag, den 4. Juli, vormittags 10 Uhr
 in der Restauration „Flegler“ Baumhäuserstr.
Versammlung
 Tages-Ordnung: 4313
 Bericht von der Lohnverhandlung.
 Vollzähliges Erscheinen notwendig.
 Die Brauchausleitung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschäftigten, Kriegs-Teilnehmer, und Krieger-Hinterbliebenen Ortsgruppe Karlsruhe.

Am Samstag, den 3. Juli 1920, abends 8 Uhr
 im Restaurant „Eisenstein“, wird Gausekretär
 Schulze aus Frankfurt über das neue
Reichsverorgungsgesetz
 sprechen.
 Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und Kriegs-
 teilnehmer, ersuchen zu diesem wichtigen Vortrag.
 Eintritt 0.50 Mk. Freie Aussprache.
 Der Vorstand. 4314

Bad. Dobermannpönscher-Verein. Einladung

zu unserer am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags
 3 Uhr, im „Weißen Berg“, in Karlsruhe, Wald-
 straße, stattfindenden
Mitglieder-Versammlung.
 Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung vollzähliges
 Erscheinen erforderlich. Interessenten herzlich will-
 kommen. 4302
 Der Vorstand.

Bekanntmachung Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.

Die Ziehung der 1. Klasse der 16. Preussisch-
 Süddeutschen (242. Preussischen) Klassen-
 lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung
 am 13. und 14. Juli 1920 stattfinden.
 Die Lose dieser Klasse werden von den
 zuständigen Badischen Lotterieverwaltern
 ausgegeben.
 Den Zeitverhältnissen entsprechend ist
 eine Erhöhung des Lospreises eingetreten
 und es beträgt der amtlich festgesetzte Preis
 von der oecigen Lotterie ab zuzüglich
 Teuerungszuschlag
 für 1/4 1/4 1/4 1/4 Los
 mithin 7.30 14.60 29.20 58.40 für jede Kl.
 „ 36.50 73.— 146.— 292.— „ alle 5 Kl.
 Dementsprechend ist auch der Gewinn-
 plan bedeutend verbessert worden.
 Karlsruhe, den 29. Juni 1920. 1878
 Landeshaubkasse
 als Landesbehörde f. die staatl. Klassenlotterie

Resungspr
Abholung
jogen 4.8

Die
wann die
re n g, die
hatte sich
luftiger e
ber C n t
g u t m a
Eihung
übergeben
tag ihre
nitterprä
die mitte
In der s
w a f t n u
den ange
bezüglich
hierauf e
i o n be
Die nächst

Berli
den, wie
sönlichkeit
Staatssek
Simon
minister
te des M
ferner vo
sowie die
F ü h r, b
ber, Mi
Beheimrä
Mein e l
sternum b
wird weit
dem Gebi
es der G

W B B
standes ge
nung nach
insbeson
und schma
der Einflu
Sollte wid
wird im 3
Einwillig
hebung des
im Anlan
der Besser
bernd auf
de:sprie

gab bei de
gen Güene
Härung ab
ministeriun
lebiglich di
führt die
hält. And
Reich einfa
Zukunft mi
jen. Wird
jeht und fi
Reich, iond
dah wenn
ist eine fo
folgt. Die
Der Winij
den Perion
es handle
stand der
fortgesetzt

Berli
gende A
Au s f e t u
forbern, g
Bgllebrige
verzählich

Die K
W B B
frage, was
deren M
Zusflucht
zung verwe
einstimmun
den, der b
Soland gin
dormalige
Donar Lat
ber Lebensk
leit.)
Amster
Donar Lan
nommenen
England.
geschicht mo
gericht in